

BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2009



KUNSTHAUS ZUG

- * 4 Einbürgerung – Meilenstein mit Wermutstropfen *
- * 7 Tangente Zug-Baar – Profitiert der Berg wirklich? *
- * 11 Raumplanung – Querschläger aus Obwalden *
- * 12 Wirtschaftskriminalität – Der Betrug geht weiter *
- * 18 AKW – «Uranium», ist das ein Land? *



Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Unser Kantonsspital ist Service public

4 Einbürgerung

Meilenstein mit Wermutstropfen

6 Kantonsrat

Hart wie Beton

7 Tangente Zug-Baar

Profittiert der Berg wirklich?

8 Finanzkrise Teil 2

Finanzkasino abschaffen!

11 Raumplanung

Raumplanerischer Querschläger aus Obwalden

12 Wirtschaftskriminalität

Der Betrug geht weiter

14 Standort Kunsthaus

Von Patrick zu Patrick

16 GSoA-Initiative

Nein zur Beschaffung von Bombern

17 Nationalrat

Wer ist hier der Pirat?

18 AKW

«Uranium» – ist das ein Land?

20 Regierungsrat

Leichter leben – that's it!

21 GV Alternative

Beitritt zu den Grünen Schweiz

22 FLIZ

Zehn Jahre Filmclub

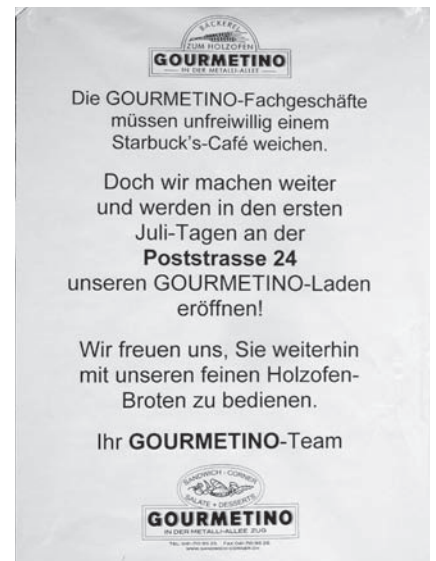
23 Grünspecht

Von schwarzen und weissen Flüchtlingen

24 Serviceteil

Frontal
Kino
Buch
Verabschiedung
Veranstaltungen
Adressen
Impressum

Bitterer Kaffee - die beliebte Holzofenbäckerei Gourmetino im Metalli Zug musste dem Profitstreben der MZ-Immobilien AG weichen



«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

Unser Kantonsspital ist Service public

Hans Peter Roth, Mitglied Vorstand VPOD Sektion Zug, Bär | Bild Haro



Am 25. Mai 2009 reichten Mitglieder des breit abgestützten Initiativkomitees «Unser Kantonsspital ist Service public» 2149 beglaubigte Unterschriften bei der Staatskanzlei des Kantons Zug ein. Die Initiative ist damit in kürzester Zeit zustande gekommen. Sie verlangt, dass der Kanton wieder die Oberaufsicht über sein Kantonsspital übernimmt. Das Sammeln der Unterschriften verlief unproblematisch. Viele angesprochene Personen mussten nicht lange überzeugt werden, sondern unterschrieben zügig. Ihre Bemerkungen offenbarten mir, dass der neoliberale Wind der 90er Jahre, welcher die Privatisierung des Service Public als Allheilmittel propagierte, gedreht hat.

Viele schlechte Erfahrungen sind den Leuten im Kopf (und im Portemonnaie) hängen geblieben: Die Teilprivatisierung von Post und Telekommunikation hat den KonsumentInnen keine grossen Preisvorteile gebracht, dafür Strahlenbelastung durch unzählige Handy-Antennen und den Abbau des Postnetzes. Im «liberalisierten» Strommarkt werden die Strompreise teurer statt billiger.

aktuellen Wirtschaftskrise, in welcher die Spekulationsverluste der Grossbanken vom Staat übernommen werden. Den wachen BürgerInnen ist nicht verborgen geblieben, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik nur zu einer Beschleunigung des Umverteilungsprozesses (enorme Gewinne für Reiche, Verarmung immer grösserer Bevölkerungsschichten) geführt hat.

Das private Zuger Kantonsspital ist gefangen in der perversen Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft, welche auch das Gesundheitswesen ins Korsett des Profitdenkens zwingen will. Um rentabel zu funktionieren, müsste sich das Kantonsspital vermehrt auf reiche PatientInnen ausrichten und nicht gewinnbringende Bereiche (z.B. Ernährungsberatung, Sozialberatung) auslagern. Falls der Krankenkassenverband Santésuisse die angestrebte Senkung der Fallpauschale durchsetzen kann (Streitfall liegt vor Bundesverwaltungsgericht), gerät das Kantonsspital in eine finanzielle Schieflage und wäre zu Sparmassnahmen gezwungen. Diese würden vorerst auf dem Buckel des Spitalpersonals

Auslagerung (outsourcing) von Arbeitsbereichen (z.B. Reinigung, Beratungen, Labor) aus dem öffentlichen Dienst führt zu Lohnkürzungen und Entlassungen. Unzählige weitere Beispiele könnten hier noch angefügt werden, ganz zu schweigen von der

ausgetragen, der mit den Gewerkschaften vereinbarte GAV müsste gekündigt und die Löhne gesenkt werden. Seit Anfang Jahr werden bereits jetzt viele Personalabgänge nicht mehr ersetzt, was die Arbeitsbelastung der verbleibenden Angestellten erhöht. Leidtragende einer solchen Entwicklung sind natürlich auch die PatientInnen, denen der Stress und die getrübbte Laune des Personals nicht verborgen bleibt.

Längerfristig könnte es im vom Profitdenken strangulierten Gesundheitswesen zu einer ähnlichen Entwicklung wie bei den US-amerikanischen HMO's (health maintenance organisations = private Krankenversicherer) kommen, wo nicht mehr die Ärzte über die Notwendigkeit einer Operation bestimmen, sondern sogenannte generic docs (nicht medizinisch ausgebildete Angestellte im Callcenter einer Versicherung). Diese entscheiden aufgrund von Falllisten, ob sich eine teure Diagnose oder eine Operation bei einem Patienten finanziell lohnt. Dies hat in den USA zu einer Drei-Klassen-Medizin geführt: Die reichen, gut versicherten Patienten, welche eine optimale Versorgung in guten Privatkliniken geniessen, die Mittelklasse-Patienten, welche die allernotwendigsten medizinischen Dienstleistungen erhalten, und die armen Nichtversicherten, die keine ärztliche Hilfe erhalten. Die Zahl der Nichtversicherten hat inzwischen 47 Millionen US-BürgerInnen (15 % der Bevölkerung) überstiegen.

Die Rückführung des Zuger Kantonsspitals in die alleinige Obhut des Kantons ist deshalb ein kleiner, aber wichtiger Schritt gegen eine Diktatur der Bilanzen im Gesundheitswesen. ■

Meilenstein mit Wermutstropfen

Eric Frischknecht, Unabhängig-Grünes Forum Hünenberg, und Rupan Sivaganesan, Alternative Zug | Bild BULLETIN

4 Endlich ist die Einbürgerung von ausländischen Personen nicht mehr von allfälligen willkürlichen Entscheiden der Bürgergemeindeversammlung abhängig. Der Bürgerrat hat in Zukunft die alleinige Kompetenz dazu, wie er das bis anhin bereits bei den Jugendlichen der zweiten Generation und den SchweizerInnen hatte. Dieser Meilenstein geht auf eine Motion des Baarer Kantonsrats Alois Gössi zurück. Trotzdem bleibt ein Wermutstropfen zurück.

Schweizer und Schweizerin werden ist kein Schleck. Ein positiver Entscheid muss auf drei Ebenen gefällt werden: Gemeinde, Kanton und Bund. Problematisch ist es vor allem auf der Ebene der Gemeinde – wobei im Kanton Zug die Bürger- und nicht die Einwohnergemeinde dafür zuständig ist. Ob die Legislative (Bürgerversammlung) oder die Exekutive (Bürgerrat) den Einbürgerungsentscheid fällt, das sieht auf den ersten Blick wie eine rein technokratische Frage aus. Dabei ist dies eine bedeutende Änderung. Denn wer die Ergebnisse der Bürgerversammlungen beobachtete, stellte fest, dass manchmal ganz unsachlich über eine Einbürgerung entschieden wurde. Das ist nun aber Vergangenheit. Den Impuls für die Änderung gab die Motion von SP-Kantonsrat Alois Gössi im Juli 2006, und es dauerte über zwei Jahre bis zur gewünschten Änderung. Er forderte für den Erwerb des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechtes einen Wechsel der Zuständigkeit von der Bürgerversammlung zum Bürgerrat und vom Kantonsrat zum Regierungsrat. Der Instanzenweg über den Kantonsrat war nie ein Problem, weil er sich darauf beschränkte, die Anträge der Bürgergemeinden abzusegnen. Dort kam es jedoch zum Teil zu unsachlichen Rückweisungen der Gesuche durch die Bürgerversammlungen (z.B. aufgrund der Nationalität der BewerberInnen) trotz positivem Antrag des Bürgerrats. Der Regierungsrat beantragte bereits 2007 eine Änderung. Aber die Gegner im Parlament hatten damals die Oberhand und verzöger-

ten die Neuerung mit der Begründung, dass zuerst die Volksabstimmung über die Volksinitiative der SVP «für demokratische Einbürgerungen» abgewartet werden müsse. Doch auch im Kanton Zug wurde das SVP-Begehren mit 56 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Somit war der Weg frei für die erneute Behandlung im Kantonsrat.

Parlamentsdebatte

In der Parlamentsdebatte im 2008 wurde von den Gegnern immer noch gegen die neue Lösung opponiert. Sie wollten die Kompetenzen der Bürgerversammlungen aus Prinzip nicht reduzieren («diese Lösung hat sich seit Generationen bewährt!») oder aus Angst, dass die Schwächung der Bürgergemeinden mittelfristig auch deren Auflösung bedeuten würde. Zudem behaupteten sie, dass ein Entscheid durch die Bürgergemeinde eine zusätzliche Sicherheit für den Einbürgerungsentscheid beinhalte, transparenter und demokratischer sei. Doch diese Sicherheit ist sehr illusorisch, denn in der Regel kennen die Teilnehmenden an einer Bürgergemeindeversammlung die KandidatInnen für eine Einbürgerung kaum oder gar nicht. Dagegen ist der Bürgerrat über die Personen eingehend informiert und kann die Entscheide am besten fällen und bei einer Ablehnung eine Begründung schreiben, wie es vom Bundesgericht gefordert ist. Parallel dazu werden von der Direktion des Inneren auch Abklärungen und Gespräche geführt. Im Zentrum stehen dabei die Vertrautheit mit den schweizerischen Lebens-

gewohnheiten und den Rechten und Pflichten als Schweizer Staatsbürger/In. Überprüft werden ebenfalls die Kenntnisse der Schweizer Geschichte, die staatskundlichen Kenntnisse und die Deutschkenntnisse. Aufgrund des Datenschutzes ist es zudem gar nicht möglich, den Anwesenden an einer Bürgergemeindeversammlung weitere Informationen über die GesuchstellerInnen zugänglich zu machen.

Also war der bisherige «Umweg» über die Bürgerversammlung ein eigentlicher Leerlauf. Selbst die Mehrheit der Bürgergemeinden hatte sich in der Vernehmlassung für eine fortschrittliche Änderung ausgesprochen! Die AL-Fraktion brachte es so auf den Punkt: Die Bürgerräte sind bestens im Stande, einen fundierten Entscheid zu fällen. Allenfalls noch unklare Punkte können sie in direktem Gespräch mit den KandidatInnen klären. Trotzdem waren die SVP- und FDP-Fraktionen gegen die Änderung, während die CVP, AL und SP dafür waren. In der Abstimmung Ende Januar 2009 obsiegte schlussendlich die sinnvolle Änderung mit 44 JA gegen 29 NEIN!

Ein Referendum wurde nicht ergriffen. Somit ist klar, dass ab Herbst 2009 die Bürgerräte für die Erteilung des Gemeindebürgerrechtes zuständig sind. Für die Änderung der Zuständigkeit auf Kantonsebene (vom Kantonsrat zum Regierungsrat) ist eine Verfassungsänderung nötig, das bedingt eine Volksabstimmung. Die Alternative Kanton Zug empfiehlt am 27. September 2009 ein JA zur Verfassungsänderung.

Wermutstropfen

Weil das Bundesgesetz vom Januar 2006 Gebühren für die Einbürgerung vorschreibt statt wie bisher Einbürgerungstaxen, galt es auch noch das Zuerer Gesetz entsprechend anzupassen. Eine Gebühr ist eine reine Entschädigung für die Bearbeitung und Prüfung eines Gesuches. Die Anpassung war



Gegen einseitige Optik und unsachliche Einbürgerungen:
Die Alternative Kanton Zug empfiehlt am 27. September 2009
ein JA zur Verfassungsänderung.

zwar eher bedauerlich, denn die Taxen hatten auch eine soziale Komponente: grosse Einkommen = grosse Taxe und umgekehrt. Doch die Bundesvorgabe war klar. Die Alternative Fraktion setzte sich bei der zweiten Lesung und zusammen mit weiteren 13 KantonsrätInnen aus der SP, CVP und FDP für die Möglichkeit eines Gebührenerlasses in Härtefällen ein. Laut unserem Verständnis sind das vor allem junge Erwachsene in Ausbildung und Familien mit kleinem Einkommen. Denn das Zusammenkommen von Gebühren auf gemeindlicher, kantonaler und Bundesebene kann bei Kleinverdienern eine massive Barriere bedeuten. Zudem gibt es kaum ein Gesetz, das nicht auch die Möglichkeit einer Reduktion der Gebühren vorsieht. Schlussendlich war

unser Antrag sehr zahm: Ein Minimalbetrag von 20 Prozent der Gebühren musste auf jeden Fall entrichtet werden und die Möglichkeit sollte nur grundsätzlich gegeben sein – Bürgerrat und Regierungsrat sollten in jedem Fall aufgrund ihrer eigenen Einschätzung entscheiden. Leider fand unser Vorschlag kein Gehör, die SVP- und CVP-Fraktionen sprachen sich mehrheitlich und offiziell dagegen aus. Das Abstimmungsergebnis: 37 NEIN und 31 JA. ■

Die geltenden Gebühren für Familie (Einzelperson)

- Bürgergemeinde: 2400.– (2000.–), pro Kind zusätzlich 100.–
- 1000.– (800.–) für den Kanton
- 150.– (100.–) beim Bund
- Diverse Gebühren für Strafregisterauszug, Geburtschein usw.
- Total bei 2 Kindern: gegen 4'000.– (3'000.–)

Akten für ein Einbürgerungsgesuch:

- Gesuch
- Polizeibericht aufgrund umfassender Befragung
- Schulzeugnisse
- Arbeitszeugnisse
- Ausweis des Betreibungsamtes
- Strafregisterauszug
- Stellungnahme des Gemeinderates der Wohngemeinde
- usw.

Hart wie Beton

Jonas Feldmann, Kantischüler, Zug | Bild ZugTV

6 Jonas Feldmann besuchte als Schüler der Kantonsschule Zug mit seiner Klasse im Freifaches «Politische Bildung» die Kantonsratssitzung vom 28. Mai 2009. Hauptthema an diesem Morgen war die zweite Lesung des Objektkredites für die Tangente Zug-Baar. Im Folgenden beschreibt er seine Eindrücke von der Sitzung.

Ein Raunen geht durch die Menge, als Martin Stuber sich wieder erhebt und das Rednerpult ansteuert. Es ist Baudirektor Heinz Tännler anzusehen, dass er bereits eine Vorahnung davon hat, was Martin Stuber ihm gleich präsentieren wird: Argumente. Nicht nur irgendwelche aus der Luft gegriffene, nein, sachliche Argumente und dann auch noch eine Studie als Beweis!

Argumente zählen wenig

Heinz Tännler wird dazu wohl keine Stellung nehmen. Sein einziges Argument, dass die Tangente die Ortszentren von Zug und Baar entlastet, wird nämlich gerade durch ebendiese vierzigseitige Studie widerlegt. Aber Martin Stuber kann noch so lange über den Unnutzen dieser 200 Millionen Franken teuren und ausserdem landschaftsverschandelnden Strasse referieren, sein Antrag wird von der bürgerlichen Mehrheit sowieso abgelehnt werden. Die Meinungen zur Tangente Zug-Baar sind nämlich schon lange gemacht. Bei den Politikern und Politikerinnen im Saal, die alle mehr oder weniger

aufmerksam Martin Stubers Reden lauschen, einzelne zwar eher abwesend, offensichtlich der Zeit nachtrauernd, als man im Kantonsrat noch Zeitung lesen durfte, bei ihnen allen ist die eigene Meinung zum Thema Tangente bereits fest verankert. Auch bei uns Schülern und Schülerinnen. Bereits als wir das Gebäude betreten, werden fleissig Hände geschüttelt, bei den einen eher auf der rechten, bei anderen eher auf der linken Saalseite. Das Umfeld im Kantonsrat ist ja familiär, alle kennen einige Leute oder deren Verwandte oder Freunde von diesen Verwandten. Der Kanton Zug ist nun mal ein sehr kleiner Kanton. Aber ein sehr dicht befahrener, womit wir wieder beim Thema wären, denn heute geht es ja um die Tangente Zug-Baar.

Diskussion abklemmen

Das Spiel ist immer dasselbe. Erst ein theoretischer und auf Argumente begründeter Kurzvortrag von Martin Stuber, zu dem die Tangenten-Befürworter keine Stellung nehmen. (Den ziemlich sinnfreien, dafür umso beleidigenderen Beitrag von Franz Hürlimann einmal ausgenommen; war es eigentlich ein Antrag? Oder bereits Wahlkampf?) Auch der Baudirektor schweigt anfangs beharrlich. Irgendwann erbarmt er sich dann doch, Martin Stuber etwas entgegenzusetzen, aber das

Spiel geht in ähnlichem Stil weiter. Einen einzigen Höhepunkt gibt es doch noch an diesem Vormittag: Das Gesuch der Freisinnigen, dass jeder Redner und jede Rednerin nur noch einmal und maximal zehn Minuten referieren darf. Die anfängliche Empörung der linken Ratsmitglieder macht nach einigen Sekunden einem erfreuten Schmunzeln Platz. Was nämlich weder der Gesuchsteller selbst noch die 55 Bürgerlichen, die ihm zustimmten, bedacht haben: In der Rolle der Antragsstellerin sind die SP und die Alternativen von dieser Massnahme ausgeschlossen. Aufatmen bei Martin Stuber und seinen Kollegen und Kolleginnen, doch ich frage mich insgeheim: War es nicht vielleicht Absicht? Immerhin hat Heinz Tännler jetzt einen Grund, sich nicht mehr melden zu müssen. Ich habe aber leider keine Zeit mehr, darüber nachzudenken, ob das jetzt wirklich gezielte Diskussionsverweigerung oder vielleicht doch nur blosser Unbedachtlichkeit war, denn man macht jetzt eine Pause.

Nicht aufgeben

Während die Politiker und Politikerinnen ihren Kaffee geniessen und dabei über das weitere Vorgehen diskutieren, führen wir ein kurzes Gespräch mit den fünf Fraktionsvorsitzenden. Leider ist die Pause schnell wieder vorbei, ich komme nicht einmal mehr dazu, die Fraktionsvorsitzende der Alternativen, Erwina Winiger, zu fragen, ob es ihr denn nichts ausmache, im Kantonsrat immer in der Minderheit zu sein. Denn einen Eindruck nehme ich mit nach Hause: Politiker oder Politikerin zu sein, scheint mir nicht schwierig, vorausgesetzt man hat keine Kaffeeallergie. Sich aber für unseren Kanton, die Einwohner und Einwohnerinnen, die Natur einzusetzen, schlussendlich, auch wenn man noch so stichhaltige Argumente hat, in der Minderheit zu sein, trotz etlichen Niederlagen aber immer noch nicht aufzugeben, das ist hart! ■



Im Kantonsrat am 28. Mai 2009.

Profitiert der Berg wirklich?

Philipp Röllin, Kantonsrat Forum Oberägeri | Bild BULLETIN

Als Vertreter des Berggebietes habe ich mich gefragt: Was bringt die Tangente Zug-Baar dem Berggebiet wirklich? Warum setzen sich die offiziellen Behörden von Unter- und Oberägeri so vehement für dieses Strassenbauprojekt ein? In Menzingen ist mehr Zurückhaltung spürbar.

Der Gemeinderat von Oberägeri stellt in seinem Leitbild zum Thema «Sinnvolle Mobilität und optimale Verkehrsinfrastruktur» fest: «Wichtige Zentren sollen schnell erreicht werden können. Darum ist der Bau der Tangente mit direktem Autobahnanschluss zu fördern.» Offenbar ist der Glaube immer noch vorhanden, dass mit mehr Strassen Staus verhindert und der Verkehr verflüssigt werden kann. Auch in Stosszeiten soll es weiterhin möglich sein, mit dem Auto möglichst ungehindert in die Zentren und in die Arbeitsgebiete der Agglomerationen zu gelangen.

Statt Entlastung...

Das widerspricht eindeutig einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik. Eigentlich möchte man die Zentren ja vom Individualverkehr eher entlasten und dadurch die Wohn- und Lebensqualität steigern. Unterägeri möchte das beispielsweise durch einen möglichst langen Umfahrungstunnel. Dabei wird vergessen, dass der grösste Teil des Verkehrs hausgemacht ist und Umfahrungen nur einen kleinen Teil des Verkehrs aufnehmen. Zwischen Zug und Baar wird es in Zukunft bekanntlich drei Achsen geben: die neue Nordzufahrt, die Industrie- und die Baarerstrasse. Es ist kaum anzunehmen, dass dadurch die Zentren entlastet werden...

...noch mehr Verkehr

Das für die nächsten Jahre im schweizerischen Vergleich nach wie vor überdurchschnittliche Wachstum im Kanton Zug bedeutet generell eine weitere massive Verkehrszunahme. Die neuen Strassen bringen längerfristig für die Dörfer und Städte keine wesentliche Entlastung. Primär wird umverteilt und zum Teil sogar zusätzlich Durchgangsverkehr generiert. So ist die Route über Menzingen eine beliebte Aus-

weichroute für den Hirzel, und im Ägerital ist der Durchgangsverkehr aus dem Kanton Schwyz in den letzten Jahren spürbar angestiegen.

Die Staus werden sich verlagern. Der Verkehrskreis im Talacher ist in den Stosszeiten jetzt schon an seiner Leistungsgrenze. Er würde mit der Tangente Zug-Baar wohl sehr bald zum Patienten für Bypässe. Die Verkehrsstatistiken zeigen ganz klar, dass der grösste Teil der Autos aus dem Ägerital Pendler sind, die die Arbeitsplätze von Zug, Baar und der gesamten Lorzenebene erreichen möchten. Nur ein relativ kleiner Teil – 30 Prozent will effektiv auf die Autobahn. Vor allem dieser Pendlerverkehr muss mit attraktiven und verbesserten Busverbindungen eingedämmt werden. Aber gerade die Tangente Zug-Baar bringt dem öffentlichen Verkehr wenig. Wer will schon mit dem Bus auf die Autobahn?

Mit der Anbindung an eine Autobahn steigt der Siedlungsdruck in den Berggebieten. An den Wochenenden wird der Freizeitverkehr zunehmen. Man ist noch schneller im Naherholungsgebiet, und die Überlastung der Ratenstrasse an schönen nebelfreien Tagen wird noch häufiger.

Visionen nötig

Vielleicht wären gerade für das Berggebiet neue Visionen nötig. Nach dem durchschlagenden Erfolg der Stadtbahn muss man sich fragen, ob nicht

auch im Berggebiet etwas mehr an Pioniergeist gefragt wäre. Wie wäre es mit einer Bahn auf den Berg? Hätte es überhaupt noch Platz im überbauten Berggebiet? Braucht es eine lange Tunnelvariante? Wo sind die Freihaltezonen für die Haltestellen? Wo ist der Pioniergeist, den unsere Urgrossväter hatten, als sie die Berggebiete mit dem Tram erschlossen haben?

Immerhin stellt der Gemeinderat Oberägeri in seinem Jahresbericht 2008 unter Zielkorrekturen fest: «In den nächsten 20bis30 Jahren ist die Einführung eines schnellen strassenunabhängigen ÖV-Zubringers aus dem Ägerital zum Bahnhof Zug zu entwickeln.»

Ich fürchte, dass das nicht mehr als



Im 2020 werden gemäss Modellrechnung täglich mehr als 22'000 Autos vom und zum Berg den Kreis Talacher passieren – wenn nichts passiert...

eine gut gemeinte Absichtserklärung ist. Im Moment dominiert im Kanton Zug der Turbogeist des motorisierten individuellen Privatverkehrs, und es werden die altbekannten Rezepte aus der Mottenkiste der 60er Jahre hervorgeholt.

Vielleicht brauchen wir wirklich mehr Bewegung im Berggebiet, aber vor allem in unseren Köpfen. ■

Finanzcasino abschaffen!

Interview Martin Stuber, Redaktion BULLETIN, geführt am 9.5.2009 in Zürich | Illustrationen BULLETIN und Seattle PI

8 Im letzten BULLETIN hat der Wirtschaftsjournalist Gian Trepp erläutert, weshalb es sich bei der gegenwärtigen Krise um wesentlich mehr als eine Konjunkturkrise handelt – es ist eine Systemkrise. Im vorliegenden Interview geht es darum, wie die Politik des Bundesrates und der Nationalbank einzuschätzen sind. Trepp kommentiert die bisherige Antwort des Parlamentes und der Linken und erklärt den Zusammenhang zwischen Finanzkrise und Steueroase.

BULLETIN: Gian, spannen wir den Bogen zu Beginn etwas weiter. Wie beurteilst du die Politik der neuen US-Regierung und des FED (US-Zentralbank)? Und wie unterscheidet sich diese Politik von derjenigen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der europäischen Regierungen?

Gian Trepp: Staatseingriffe in den USA und in Europa bewahrten die globalisierten Finanzmärkte vor dem Zusammenbruch – mit viel, sehr viel Geld. Diese Eingriffe erfolgten in Bezug auf alle wirtschaftlichen Theorien des Neoliberalismus in völlig systemwidriger Art. Das Ziel ist, dass im Finanzwesen alles wieder so weitergeht wie bisher. Obwohl das bisherige, amerikanisch dominierte Weltfinanzsystem komplett versagt hat, soll nichts Grundsätzliches geändert werden. Der systemische Aspekt der Krise wird von Regierungen und Zentralbanken sowie auch im Medien-Mainstream weitgehend ausgeklammert, verdrängt und verschwiegen. Im Kern des amerikanischen Krisenmanagements steht die Rettung der globalisierten Finanzmärkte und der dort agierenden grossen internationalen Player, inklusive der riesigen unregulierten Schattenfinanz aus Hedge Fonds und anderen undurchsichtigen Finanzvehikeln.

BULLETIN: Was bedeutet die Finanzkrise für die Europäische Union?

Gian Trepp: Der Euro ist durch die Weltfinanzkrise in eine Krise geraten. Als Währung ohne Staat kann dieses Währungskonstrukt nur funktionieren, wenn Einheit besteht und es wirtschaftlich aufwärts geht. In

Krisenzeiten divergieren die volkswirtschaftlichen Interessen der nationalen Wirtschaftsräume, also beispielsweise Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands und so weiter. Damit schlägt die Stunde der nationalen Alleingänge und des Protektionismus. Da wird die Koordination der Geld- und Währungspolitik durch die Europäische Zentralbank schwierig. Zurzeit entwickelt die Wirtschafts- und Währungsunion, der Kern der europäischen Einigung, gefährliche zentripetale Tendenzen.

BULLETIN: Und wie steht es mit der Schweiz?

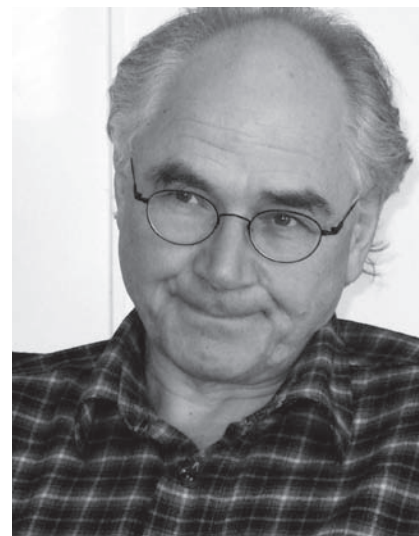
Gian Trepp: Was das Krisenmanagement der Schweizerischen Nationalbank betrifft, so tut diese im Prinzip das Gleiche wie die US-Zentralbank. Sie hat die Blaupause des US-Krisenmanagement eins zu eins übernommen. UBS und CS sollen auf Kosten der Allgemeinheit um jeden Preis in der jetzigen Form erhalten bleiben, damit alles so weitergeht wie bisher.

BULLETIN: Kannst Du das konkretisieren?

Gian Trepp: Bund und Nationalbank haben die grösste Bank der Schweiz mit einer 6-Milliarden-Kapitalspritze und der Übernahme von Wertschriftenmüll in einer astronomischen Höhe gerettet. Und das, ohne auf die Geschäftspolitik der UBS Einfluss zu nehmen. Inzwischen haben wir uns an die Staatskrücken für die UBS gewöhnt, und viele haben es bereits wieder vergessen.

BULLETIN: ...fast alle – du ja nicht. Du hast schon länger gewarnt vor dem Klumpenrisiko.

Gian Trepp: Man sollte nicht vergessen, dass diese Kapitalspritze mit Notrecht durchgepeitscht worden ist. Zur Ablenkung wird ein Scheingefecht um die Managerboni inszeniert, während der Stabfund (engl. für Stabilisierungsfonds) der Nationalbank mit dem Wertschriftenmüll der UBS kein Thema ist. Politik und Medien befassen sich kaum mit diesem Stabfund, obwohl der Staat hier der UBS aus dem Volksvermögen einen Blankoscheck über 60 Milliarden Franken ausgestellt hat.



BULLETIN: Die Linke hat im Bankrat der Nationalbank drei Sitze: Jean Studer (SP-Regierungsrat aus dem Kanton Neuenburg), Daniel Lampart (Chefökonom des SGB) und Armin Jans (Exnationalrat aus Zug und Wirtschaftsprofessor in Winterthur). Was machen die?

Gian Trepp: In der Theorie steht die Nationalbank über der Politik und ist nur dem Nationalbankgesetz verpflichtet. Der gemäss Parteiproporz zusammengesetzte Bankrat, realistisch betrachtet bloss ein schmückender Fransenbehang, übt sich in

vornehmer Zurückhaltung. Aus meiner Sicht hat die Nationalbank bislang nicht die Interessen des Wirtschaftsplatzes Schweiz vertreten, sondern das Schweizer Nationalvermögen im Interesse der Grossbanken für die Stabilisierung der globalisierten Kapitalmärkte eingesetzt.

BULLETIN: Das dreiköpfige Direktorium der Nationalbank wird vom Bundesrat gewählt...

Gian Trepp: Ja. Kürzlich ernannte der Bundesrat mit Jean-Pierre Danthine per 1. Januar 2010 ein neues Mitglied. Der Belgien-Schweizer Danthine ist Finanzprofessor an der Uni Lausanne und voll auf der neoliberalen Linie der gescheiterten amerikanischen Finanztheorie. Unsere Regierung glänzte in jüngster Vergangenheit bekanntlich nicht gerade durch intelligente Ent•mit Staatsgarantie erscheint als ein weiterer eklatanter Fehlentscheid aus Sicht der volkswirtschaftlichen Standortinteressen.

BULLETIN: Logisch, dass eine CVP als Zünglein an der Waage die Postbank gebodigt hat, wenn sie noch

während der Session 150'000 Franken als Parteispende von der UBS bekommt.

Gian Trepp: Ja. Die Postbank ist nötig, damit die beiden Wasserköpfe UBS und CS realwirtschaftlich verträglich schrumpfen können. Zudem ist eine effektive Konkurrenz zur Zürcher Kantonalbank, der grössten Staatsbank der Schweiz, gut zur Sicherung des Zugangs zu Kredit zu vernünftigen Konditionen für die KMUs in Industrie und Gewerbe. Der Leistungsauftrag für eine Postbank muss sicherstellen, dass diese Bank keine spekulativen Geschäfte tätigt, deren Risiken sie nicht selber tragen kann.

BULLETIN: Mein Eindruck ist, dass das, was wir seit Jahren sagen, ja seit Jahrzehnten sagen, dass nämlich die Grossbanken das Sagen in der Schweizer Politik haben, nun für jedermann offensichtlich wird.

Gian Trepp: So ist es. Heute ist diese Bankenhörigkeit zu einer schweren, ich würde sogar sagen, existenziellen Hypothek für die Schweiz geworden. Sie hat dazu geführt, dass die Regie-

rung darauf eingefuchst ist, die Grossbanken zu retten. Genauer: die Rettung der Wall-Street-Investmentbanken von UBS und CS. Es geht aber noch weiter dass die UBS und die CS ihre Investmentbanken in den USA unbedingt behalten wollen, beeinflusst auch die Schweizer Aussenpolitik z.B. das Angebot von Merz, dem IWF 10 Milliarden Dollar zu geben. Diesen dicken Chip hat Merz, wiederum auf Kosten des Volksvermögens, auf den Tisch des amerikanisch dominierten globalen Finanzkasinos gelegt, weil er hofft, damit das Investment-Banking und das Vermögensverwaltungsgeschäft für reiche Ausländer der beiden Grossbanken zu retten.

BULLETIN: 10 Milliarden Dollar für den IWF, der den Ländern, die er vor dem Bankrott retten soll, immer noch die gleiche verheerende Austeritätspolitik verpasst, wie sie z.B. in Lateinamerika in den 80er Jahren Argentinien verwüstet hat?

Gian Trepp: Stimmt, aber mit einer Ausnahme. Für die USA gibt es keine Politik, die darauf ausgerichtet ist,



Derivate verbieten?

Die Schweizerische Bankiervereinigung hat 2001 eine Broschüre herausgegeben: «Besondere Risiken im Effektenhandel». Darin werden die verschiedenen Finanzinstrumente erklärt, und es wird auch ungeschminkt auf die Risiken hingewiesen. So auf Seite 4:

«Gibt es auch unbegrenzte Risiken?

Grundsätzlich ist zwischen Anlagen mit begrenztem und unbegrenztem Risiko zu unterscheiden. Mit dem Kauf von Aktien oder Optionen gehen Sie ein begrenztes Risiko ein und müssen im ungünstigsten Fall mit einem Verlust des eingesetzten Kapitals rechnen.

ACHTUNG

Demgegenüber gibt es gewisse Derivate, bei denen Sie unter Umständen über den investierten Betrag hinaus Geld nachschliessen müssen. Eine solche Nachschusspflicht kann ein Mehrfaches des Kaufpreises betragen. Zu den Produkten mit unbegrenztem Risiko zählen insbesondere

- das Schreiben einer Call-Option ohne Deckung,
- das Schreiben einer Put-Option oder
- Termingeschäfte.»

Erklärt wird auf der gleichen Seite auch, welche Informationspflichten der Effekthändler gegenüber seinen Kunden hat:

«Was beinhaltet Ihr Informationsanspruch?

Das Börsengesetz verpflichtet den Effekthändler, seine Kunden über die mit einer Geschäftsart verbundenen Risiken zu informieren. Davon ist im ersten Teil dieser Broschüre die Rede.

Die Informationspflicht richtet sich nach der Geschäftserfahrung und den fachlichen Kenntnissen des Kunden. Zu informieren ist über Geschäftsarten mit erhöhtem Risikopotential oder komplexem Risikoprofil, nicht über die spezifischen Risiken einzelner Effektengeschäfte.»

Die Lektüre dieser Broschüre, welche von der ZKB im 2008 aktualisiert neu herausgegeben worden ist, wirft die Frage auf, ob man Derivate nicht einfach rundweg verbieten sollte, so wie das z.B. die UNIA in ihrer lesenswerten Broschüre «Die Krise. Ihre Mechanik. Unsere Antworten» fordert (www.unia.ch). Wir werden im nächsten BULLETIN auf diese Frage zurückkommen.



10

den Gürtel enger zu schnallen. Wenn die Politikgrundsätze des IWF, die er beispielsweise der Ukraine auferlegt, auch im Falle der USA angewendet würden, wären die USA bald mal ein Schwellenland!

Der IWF stützt das dollarbasierte Weltwährungssystem, welches es den USA erlaubt, Geld à discrétion zu drucken und damit seinen gigantischen Importüberschuss zu bezahlen. Die USA können Waren mit Papiergeld bezahlen. Das kann nicht endlos weitergehen. Der IWF muss aus seinen Fehlern lernen und sich reformieren. Zwei Punkte scheinen dabei im Vordergrund. Die heute bestehende Sperrminorität der USA muss aufgehoben werden, und die ungerechte Politik gegenüber den Entwicklungsländern muss geändert werden. Bevor 10 Milliarden Dollar eingeschossen werden, muss geprüft werden, ob sich

diese Kapitalerhöhung aus Sicht der volkswirtschaftlichen Standortinteressen der Schweiz lohnt. Das hat Bundesrat Merz bislang nicht getan.

BULLETIN: Ein Skandal, der in den Medien kein Thema ist. Was sagt die Schweizer Linke dazu?

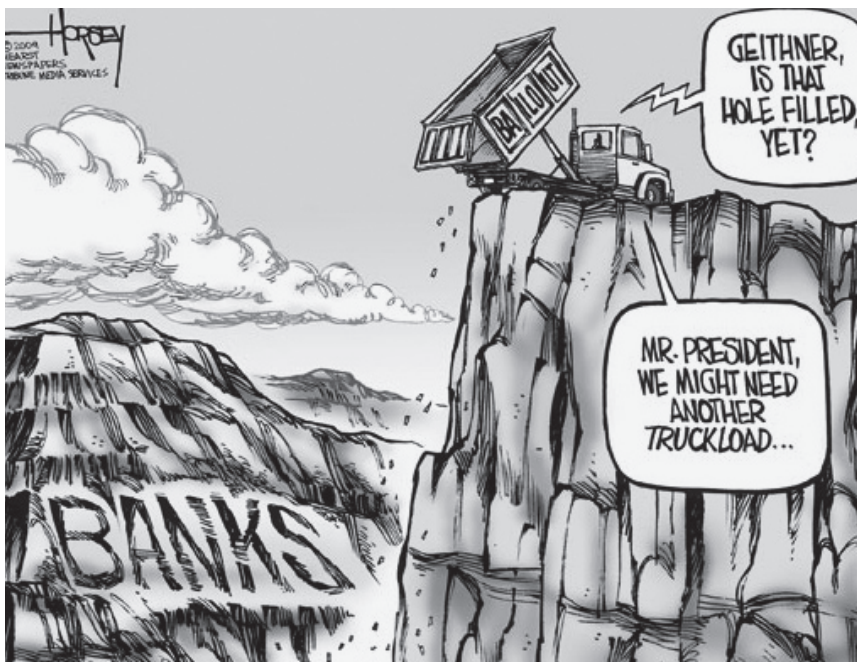
Gian Trepp: Mir scheint dieser 10-Milliarden-Dollarkredit für den IWF zum Lackmustest sowohl für die Linke, für die SP und die Grünen als auch für die Entwicklungsorganisationen und NGOs zu werden. Umso mehr, als der IWF-Kredit im Nationalrat mit einer unheiligen Allianz von Links und Grün und SVP gebodigt werden könnte. Nötig wäre eine vertiefte Diskussion. Geklärt werden muss, wie der IWF reformiert werden soll und was dieser Milliardenkredit dem Wirtschaftsplatz Schweiz insgesamt bringt, nicht bloss den Grossbanken.

BULLETIN: Welches ist der Zusammenhang von Finanzkrise und Krise der Steueroase Schweiz?

Gian Trepp: Je grösser die Finanzkrise, desto weniger tolerieren die Regierungen, dass die Reichen ihrer Länder die Steuern hinterziehen. Das leuchtet ein. Im Prinzip hat der Deutsche Finanzminister Peer Steinbrück völlig recht. Deshalb hat das Vermögensverwaltungsgeschäft für reiche Einzelpersonen der Schweizer Banken einen seiner kompetitiven Vorteile verloren und ist in eine schwere Krise geraten. Damit ist nach dem Investment-Banking auch das zweite Standbein der beiden Schweizer Grossbanken eingeknickt, was zur aktuellen Systemkrise des Schweizer Banken- und Finanzsystems führte. ■

Obama zu seinem Finanzminister Timothy Geithner: «Ist dieses Loch nicht endlich voll?»

Geithner zu Obama: «Wir werden wohl noch eine weitere Lastwagenladung benötigen...»



Gratisstaatsgarantie

Einer der grösseren Skandale im Zusammenhang mit der UBS-Rettungsaktion ist die Tatsache, dass die beiden Grossbanken UBS und CS heute faktisch eine Staatsgarantie geniessen, ohne dafür etwas zu bezahlen. Die Kantonalbanken, für welche eine Staatsgarantie besteht, führen dafür einen Anteil ihres Gewinnes an ihren Kanton ab, welcher die Garantie gewährt. Das können erkleckliche Summen sein. Im Falle der Zürcher Kantonalbank waren das 2008 stolze 352 Millionen Franken, welche an Kanton und Gemeinde abgeführt worden sind, davon alleine 230 Millionen Franken für den Kanton! Das Argument, dass die Grossbanken dafür Steuern auf ihre Gewinne bezahlen, sticht nicht. Auch die Kantonalbanken zahlen Steuern, genau wie die Grossbanken.

Raumplanerischer Querschläger aus Obwalden

Philippe Koch, Redaktor BULLETIN | Foto Internet

In Obwalden hat das Parlament am 30. April 2009 beschlossen, Sonderwohnzonen für wohlhabende Interessenten und Interessentinnen bereitzustellen. Diese Ungleichbehandlung in der Raumordnung hatte empörte Reaktionen in der Schweizer Öffentlichkeit zur Folge. Doch Obwalden hat grundsätzlich nichts erfunden, sondern lediglich das bereits bestehende System einer diskriminierenden Bodenpolitik auf die Spitze getrieben. Und gerade deshalb ist der Kampf der Grünen in Obwalden gegen diese undemokratische Politik so wichtig.



Die Welle der Empörung in der Schweiz ging hoch, als Ende April aus Obwalden die ungelenke Bezeichnung «Zonen für hohe Wohnqualität» zu vernehmen war. Als schliesslich Bundesrat Leuenberger in seinem stets aktuellen und wohl gepflegten Blog die Politik aus Sarnen als Apartheid bezeichnete, war der Skandal perfekt. Die Medienöffentlichkeit juchzte freudig.

Vorurteile und Tradition

Mit der Entscheidung des Obwaldner Parlaments, Zonen für hohe Wohnqualität zu schaffen, wurde nicht nur ein raumplanerischer Querschläger produziert, sondern wurden auch alle Vorurteile bedient, die in der schweizerischen Politszene gegen Obwalden gehegt und gepflegt werden. Einmal mehr zeigte sich, dass es Obwalden wie kaum ein zweiter Kanton versteht, die urschweizerische Tradition des kompetitiven Föderalismus fortzuschreiben. Eine Tradition, die der

Schweiz in regelmässigen Abständen ihre eigenen Abgründe vor Augen führt und politische wie auch soziale Gräben aufreisst. Mit dem moralischen Finger auf die vermeintlich hinterwäldlerischen Obwaldner zu zeigen, verschleiert jedoch die politische Realität anderer Kantone. Denn Obwalden treibt nur auf die Spitze, was in den meisten anderen Kantonen politischer Alltag ist.

Sonderwohnzonen allüberall

Betrachtet man die Schweiz, fällt auf: Die Mehrfamilienhäuser, die das Landschaftsbild der mittelländischen Agglomerationen ansonsten prägen, sieht man an den Ufern der hiesigen Seen kaum. Auch an den Hanglagen oder in lauschigen, zentrumsnahen Gegenden dominieren stattliche Einfamilienhäuser, Autos mit Design und Charakter und die diskrete Gelassenheit der Wohlstuierten. Zufall? Kaum. Die ökonomische und soziale Ungleichheit hat sich im Landschaftsbild

der Schweiz verfestigt. Die Entwicklung ist die Folge kantonaler und kommunaler Bodenpolitik, die sich seit jeher in den Dienst privater Interessen und der polit-ökonomischen Elite gestellt hat. Beispiele findet man insbesondere in der Innerschweiz zuhauf. Das aktuellste wohl in Zug mit dem Tauschhandel rund um das neue Eistadion. Dabei hat die Anliker AG ein wunderbares Geschäft gemacht: Mit dem Verkauf des Hochhauses an die Pensionskasse der Credit Suisse konnte die Anliker AG einen Gewinn von beinahe 100 Prozent erwirtschaften. Was vor zwei Jahren der Stadt Zug etwas mehr als 30 Millionen Franken wert war, hat jetzt für 60 Millionen Franken den Besitzer gewechselt. Verloren haben diejenigen Zugerinnen und Zuger, die seit langer Zeit billigen Wohnraum suchen und Zug nicht verlassen wollen.

Demokratie oder Feudalsystem?

Die in Obwalden geplanten Wohnzonen für Reiche sind nichts Neues. Die meisten Reichen leben unter sich. Neu und wirklich skandalös an den Zonen für hohe Wohnqualität ist, dass die Ungleichbehandlung von reichen und armen Einwohnerinnen und Einwohnern rechtlich verankert und vom kantonalen Parlament legitimiert wurde. Bis anhin erfolgte die Diskriminierung immer unter dem Deckmantel der Marktlogik, der Vetternwirtschaft oder gar der Korruption und war dementsprechend juristisch meist angreifbar. Mit den Sonderwohnzonen hebt sich die rechtsstaatlich verfasste Demokratie selber aus und verkommt zum legalisierten Feudalsystem. Während sich im Parlament die SP Obwalden ängstlich der Stimme enthielt und damit ihren Parteinamen verhöhnnte, sammelten die Grünen genügend Unterschriften für ein Referendum. Jetzt liegt es an den Obwaldner Stimmberechtigten, darüber zu entscheiden, welches politische System zukünftig in der Heimat von Arnold von Melchtal herrscht. ■

Der Betrug geht weiter

Franz Stoller, freier Journalist, Zug | Illustrationen BULLETIN

12

Im BULLETIN Nr. 1/2008 berichteten wir unter dem Titel «Der tiefe Fall des Bertrand Chollet» über kriminelle und halbkriminelle Machenschaften im Kanton Zug. Nach mehr als einem Jahr zeigt sich: Die Verantwortlichen der Firmen NicStic und Max-Entertainment sowie Bertrand Chollet beschäftigen weiterhin die Schweizer Justiz und die Eidgenössische Bankenkommision. Und die Zuger Justiz gibt sich Mühe, hat aber auch Mühe...

Zuerst zur Firma NicStic. Wir erinnern uns: Mit einer Zigarette, die keinen Rauch produziert, akquirierte die Firma NicStic Investorengeld, das auf Nimmerwiedersehen verschwand. Die Hauptakteure Lothar Michael Berresheim, Heinz Piroth und die aus allen deutschen Anwaltskammern ausgeschlossene Rechtsanwältin Beate Christiane Müller haben die Schweiz nun fluchtartig verlassen.

Das letzte Aufgebot

Sie operieren jetzt von Deutschland aus mit neuen Firmen wie Denverson, NicStic International und Swan Group of Companies und als absolutes Highlight die Aeternus-Energy; eine Firma, die sich angeblich mit der Entwicklung von Solarzellen beschäftigen soll. Auch dort spricht man vom grossen Potenzial des Produktes, und man kann es kaum glauben, dass auch dort der Börsengang unmittelbar bevorstehen soll. Aber die Investoren sind infolge der weltweiten Wirtschaftskrise vorsichtiger geworden und vertrauen ihr Geld nicht mehr jedem selbsternannten «Vermögensberater» an. Ein Insider erklärte, dass selbst die abgebrühtesten Telefonverkäufer die Finger davon lassen, «Berresheim-Papiere» zu verkitschen, und sich das Verkauferteam nur noch aus arbeitslosen, ausländischen Secondos zusammensetzen. Die vermeintlichen «Börsengänge» sind wohl eher als Lachnummern zu werten.

Harter Gegenwind in der Schweiz

Dass diese Truppe einen schnellen Abgang nach Deutschland gemacht hat, liegt an den zahlreichen zivil- und strafrechtlichen Verfahren, die gegen das illustre Trio laufen. Über Heinz

Piroth wurde in Luzern der Privatkonkurs eröffnet. Michael Berresheim ist seine Viertelmillion Franken teure Yacht auf dem Bodensee aufgrund einer Arrestierung des Betriebsamtes Frauenfeld los, und Beate Christiane Müller sieht sich mit einer Klage wegen Irreführung der Rechtspflege im Thurgau konfrontiert. Sie hatte offenbar fälschlicherweise einen NicStic-Gläubiger des Mordversuches bezichtigt.

Des Weiteren hat das Bundesverwaltungsgericht im September die Rekurse betreffend Schliessung der NicStic allesamt abgewiesen. Die mit Aktionärsgehalt finanzierte «Staatshaftungsklage» diente offenbar nur dazu, neue Barmittel zu generieren.

Vom Getränkehersteller zum Schatztaucher


Hrvoje Capin ist ein enger Gefolgsmann von Berresheim. Er hatte vor nicht allzulanger Zeit mit der Firma Chillmi einen Geistesblitz. Die Ge-

schäfts-idee: ein Getränk aus Minze und Chili herzustellen und auf den Markt zu bringen. Trotz grossartigen Promotion-Anlässen, wo man den Leuten gleich noch ein paar wertlose Aktien der Chillmi andrehte, war das angeblich von südamerikanischen Ureinwohnern «erfundene» Getränk nirgends im Handel zu kaufen. Das dürfte mit ein Grund für die Eidgenössische Bankenkommision (EKB) gewesen sein, einzugreifen und Chillmi wegen fehlender Effektenhändler-Bewilligung zu schliessen.

Heute wandelt Herr Capin mit der Seabed Invest AG in Baar und der AE Atlantis Exploration AG in Zürich auf ganz anderen Pfaden. Die Firmen betreiben nach eigenen Angaben die «professionelle Schatzsuche zu Wasser und zu Lande». Schliesslich warten da noch einige mit Gold und Edelmetallen beladene Schiffe und andere verborgene Schätze auf die Entdeckung durch unsere Mächtigen-«Indiana-Jones»-Schatzsucher. Doch wie bei allen Vorgängerfirmen von Berresheim und seinen Freunden geht es nur darum, ahnungslosen Leuten das Blaue vom Himmel zu lügen und ihnen mit Pennystock-Aktien das Geld aus der Tasche zu ziehen.

«Wir sind Max» – das Verkauferteam von Max-Entertainment.





Baden-Württemberg
 STAATSANWALTSCHAFT STUTTGART
 Hauptabteilung I - Internationale Rechtshilfe -

Staatsanwaltschaft Stuttgart · Postfach 10 60 48 · 70049 Stuttgart

Datum 05.05.2009/M0
 Name Staatsanwältin Rieger
 Durchwahl 0049-711 921-4435
 Fax 0049-711 921-4414
 Aktenzeichen 122 ARH 379/09
 (Bitte bei Antwort angeben)

bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart ist ein Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten

1. **Berresheim, Michael Lothar**, geboren am 08. Juli 1953
2. **Hensley, Heinz Heinrich**, geborener Knöpfel, geschiedener Piroth, geboren am 30. November 1952 und
3. **Müller, Beate Christine**, geborene Hofmann, geboren am 07. Juli 1965
 und andere Beschuldigte

wegen Betrugs im besonders schweren Fall, Bandenbetrugs, Kapitalanlagebetrugs, Verstößen gegen das Kreditwesengesetz und anderer Straftaten anhängig, in dem es erforderlich geworden ist, Sie um Ihre Mithilfe bei den hiesigen Ermittlungen zu ersuchen.

Dicke Post von Stuttgart nach Zug: Rechtshilfegesuch in Sachen NicStic.

Alte Bekannte...

Die Max-Entertainment bzw. Cyclon-capital-Sippschaft um Jürgen Käfer, den ehemaligen «Mentaltrainer» der deutschen Skispringer-Nationalmannschaft, strotzt nur so von Ideen. Seine Laufburschen Gianni Perri und Andreas Koch sollen mit den in Zug gegründeten Firmen Idooli, Labuyla und Elite Holding neue Anleger anwerben, die ihr Geld in den hochfliegenden Luftschlössern der Gründer verbrennen, damit diese sich ein angenehmes Leben in Saus und Braus leisten können.

Käfer hat es vorgezeigt: Porsche, Bentley und die Yacht auf dem Zürichsee gehörten zu den bevorzugten Fortbewegungsmitteln bei Max-Entertainment und auch Chef-Telefonverkäufer Perri lässt sich nicht lumpen, nennt er doch Luxuskarossen italienischer Bauart sein Eigen. Für Perri-Freund Claudio de Giorgi, den ehemaligen Creativ-Finance-Jongleur, hat es unlängst ein böses Erwachen gegeben. Drei Jahre Gefängnis für den Betrug mit der PWM AG lautete das Verdikt des Schwyzer Gerichtes.

Überlastete Zuger Justiz

Der Höhenflug dieser noch jungen Startup-Firmen aus dem Hause Käfer könnte schon bald als Bruchlandung enden. Denn mittlerweile interessiert sich auch Roland Meier, der Zuger Untersuchungsrichter für Wirtschaftsdelikte, für Idooli und Labuyla Holding. Der Kanton Schwyz seinerseits geht rigoros gegen solche Firmen vor und liquidiert diese, falls sie gegen geltendes Recht verstossen.

Anders der Kanton Zug, der sich in vornehmer Zurückhaltung in solchen Fällen übt. Zu viele Pendenzen liegen auf den Tischen der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Dies erklärt auch, warum über die Hälfte der Untersuchungen im Wirtschaftsbereich eingestellt werden. Noch mehr kosten- und arbeitsintensive Verfahren will sich die Zuger Justiz offenbar nicht aufbürden.

Chollets Posträuber-Connection

Auch unser Zuger «Mafiaexperte» Bertrand Chollet hat sich einmal mehr in dubiosen Kreisen als sehr nützlich erwiesen. Uneigennützig wie er ist, hat er einem ehemaligen Bandenmitglied von den Fraumünsterpost-Räu-

bern «unwissend» einen Aktienmantel für lusche Geschäfte zur Verfügung gestellt. Dieser wurde verwendet, um mit «getürkten» Leasingverträgen bei der Zürcher Kantonalbank Geld abzuschöpfen. Die ZKB beklagte einen Verlust im einstelligen Millionenbereich. Und wie so oft: Bertrand spielt wieder eindrücklich das Opfer.

Die Rolle des zahlungsunwilligen Scheidungsvaters scheint ihm aber besser auf den Leib geschrieben zu sein. Seine Exfrau hat ihn vor den Richter geschleppt und auf Unterhaltszahlung verklagt. Zu gerne möchte sie wissen, wohin die in der EBK-Verfügung genannten zahlreichen fünfstelligen Bargeldbezüge von Herrn Chollet aus dem Max-Entertainment-Vermögen geflossen sind.

Zuger Justiz mit Mühe

Die Zuger Justiz gibt sich zwar Mühe, doch mit den Fällen NicStic und Max-Entertainment stösst sie fachlich wie personell anscheinend an ihre Grenzen. Vor allem stören sich zahlreiche betrogene Gläubiger und Aktionäre daran, dass die Verantwortlichen nicht in Untersuchungshaft schmoren, sondern weiterhin ungestört nach dem gleichen Muster Leute übers Ohren hauen können.

Sogar die Eidgenössische Bankenkommision hat in ihrer Verfügung gegen Chollet, Berresheim und Konsorten von einer hohen Wiederholungsgefahr gesprochen. Offenbar geniessen Verbrecher in weissen Hemden, Massanzügen und teuren Autos im Kanton Zug immer noch zu viel Spielraum. Eine härtere Gangart gegenüber mutmasslichen Wirtschaftskriminellen ist wünschenswert. Besonders die von andern Kantonen oft kritisierte allzu liberale Eintragungspraxis des Handelsregisteramtes Zug muss endlich verschärft beziehungsweise die Messlatte höher angesetzt werden, damit solchen «ehrenwerten Geschäftleuten» der Schnauf ausgeht. ■

Nach Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, dass am 17. Juni in der Schweiz eine grossangelegte Hausdurchsuchung bei mehreren Dutzend Personen im Umfeld von NicStic stattgefunden hat.



Von Patrick zu Patrick

Patrick Cotti, Regierungsrat, und Patrick Steinle, Gemeinderat | Bilder BULLETIN

14

Das Zuger Kunsthhaus braucht mehr Platz, eigentlich schon länger, aber jetzt gilt es ernst. Es stehen zwei neue Standorte zur Diskussion – das alte Kantonsspital und die Turnhalle Schützenmatt. Bei den Alternativen wird diese Diskussion kontrovers geführt. Wir dokumentieren diese Diskussion als Dialog zwischen dem alternativen Regierungsrat Patrick Cotti und dem alternativen Zuger Gemeinderat Patrick Steinle.

Lieber Patrick Cotti,

Die Kunsthhaus-Lobby gibt aber mächtig Gas: Fast jedes Mal, wenn ich in die Neue ZZ schaue, ist ein Artikel drin über die wertvolle Sammlung Kamm, die Raumnot an der Dorfstrasse, Kunstprojekte am See usw. Kürzlich sogar ein Leserbrief aus dem Ennetsee mit dem Motto «Kunsthhaus zu de Lüüt». Da kommen ungute Erinnerungen auf an die Stadion-Abstimmung, wo der ganze Kanton die Stadt dazu gedrängt hat, eine Riesendummheit zu begehen und wertvolle Landreserven zu verscherbeln.

Vor dem Entscheid der Kunsthhaus-Trägerschaft für einen Neubau bei der Schützenmatt herrschte hingegen Schweigen im Walde. Klassische Kabinettpolitik wie im 19. Jahrhun-



dert: Treffen hinter verschlossenen Türen, vertrauliche Berichte und dann, zack! Beschluss von Regierungsrat und Stadtrat, kommuniziert in einem dünnen Pressecommuniqué: Der wichtigste Entscheid, die Standortfrage, war bereits gefällt. Da sträuben sich meine Stadtzuger und parlamentarischen Nackenhaare. Ausgerechnet bei der Schützenmatt! Der Platz ist doch schon besetzt, die schöne alte Turnhalle, der Schwingerkel-

ler, die Basketballplätze, einer der wenigen Orte, wo sich Jugendliche spontan zu sinnvoller Freizeitbetätigung treffen!

Ist die Haltung «Platz da, jetzt kommen wir» nicht ein bisschen arrogant?

Lieber Gruss
Patrick

Lieber Patrick Steinle,

Auch mir ist klar: Gerade beim vorgeschlagenen Schützenmatt-Turnhallenareal soll die Standortfrage öffentlich breit diskutiert werden können. Damit wir allerdings nicht Luftblasen produzieren, wurde diese Frage vorab am Runden Tisch der drei Museen Kunsthhaus, Burg und Museum für Urgeschichte(n) vor gut einem Jahr in aller Breite und unter Einbezug der Entwicklungs- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten der Museen erörtert und in den Stiftungsräten, in Teilen der Stadt- und Kantonsverwaltung bestätigt. Der Entscheid wurde nun veröffentlicht, im Wissen, dass hier verschiedene Ansprüche an den Ort bereits bestehen. Sowohl das Stadtparlament als auch der Kantonsrat werden dazu ihre Meinung sagen können, denn sie werden schliesslich auch Finanzierungsentscheide zu fällen haben. Dass die Trägerschaft des Kunsthhauses nicht vor dem Entscheid von Stadt- und Regierungsrat an die Öffentlichkeit getreten ist, leuchtet wohl ein: Neben privaten Geldern wird hier die öffentliche Hand wesentlich mittragen müssen, und da brauchte es vorab den Entscheid der Exekutiven, da sonst jegliche Planung auf Sand gebaut hätte. Die Stadt hat nun offensiv und transparent auf die eingereichten Fragen im Grossen Gemeinderat reagiert;

diese Fragen wären schliesslich auch in den noch kommenden Vorlagen in den Parlamenten abgeholt worden. Den von dir angesprochenen Gruppierungen vor Ort soll entsprechender Ersatz gegeben werden – dies ist unabdingbar für jeden weiteren Entscheid.

Grüsse dich herzlich, Patrick

Lieber Patrick Cotti,

Natürlich werden die Schwinger und Turnhallenbenützer moderne Ersatzanlagen begrüßen. Auch die Jugendlichen werden andernorts Streetball spielen, sofern der Platz zentral gelegen und attraktiv ist – hinter der Sporthalle in der Herti klappt das nicht. Solange Geld im Überfluss vorhanden ist, brauchen uns die damit verbundenen Kosten nicht zu kümmern. Aber das Land ist knapp, und wenn das Kunsthhaus betont, es würde die Schützenmatt-Wiese nicht antasten, dafür werden dann eine Turnhalle und die Basketballplätze auf der grünen Wiese erstellt, dann ist das ein Schwarz-Peter-Spiel.

Das Gebiet Schützenmatt ist der einzige innerstädtische Freiraum mit Park-Charakter, den gilt es zu erhalten. Nebst dem Kunsthhaus gäbe es noch mehr Institutionen, die gerne an solch schöner und zentraler Lage hausen würden – plötzlich will auch die Bibliothek dort hin, wer könnte ihr das verwehren? Ich finde, selbst wenn der angestrebte Platz noch frei wäre, sollten wir zwischen Hafen und Postplatz den Raum am See durch keine grösseren Volumen verstellen. Es wäre übrigens interessant, wie gross denn so ein Kunsthhausneubau etwa wäre – das erfährt man trotz Informationsoffensive leider nicht. Ich rechne mit einem Mehrfachen des Volumens der Turnhalle, habe schon von 5'000 m2 Flächenbedarf gehört!

Lieber Gruss, Patrick

Mein lieber Patrick Steinle,

Was man nicht alles hört, wenn es



Die beiden Patrick vor der Schützenmatt anlässlich einer Infoveranstaltung von Alternative und CSP.

um Argumente gegen den Standort Schützenmatt-Turnhalle geht. Ich will dir den Flächenbedarf nicht vorenthalten. Aber vorerst frage ich dich, wie du denn glaubst, dass wir aus Zürcher oder Luzerner Sicht etwa wahrgenommen werden. Was steht zuvorderst, der Finanzplatz oder die Steueroase, die Verdrängung von Unter- und Mittelstand? Unsere kulturelle Eigenheit? Und, haben wir denn eine solche? Die Verwaltung glaubt, es sei die Kundenfreundlichkeit, die ausstrahlt. Zug Tourismus wird wohl den See nennen. Spricht jemand von der unglaublichen Sammlung Kamm, den Werken der Wiener Moderne, oder von der grössten Roman-Signer-Sammlung hier in Zug? Hildegard Kleeb hat bei der Übergabe des Anerkennungspreises das (Stadt-)Zuger Wesen beschrieben: Es werden Bauten erstellt, welche uns von uns entfremden, die aus dem Ursprung schlicht die Rendite in den Vordergrund stellen. Kulturförderung – sei dies durch die jährlichen Tanzinszenierungen in der Chollerhalle, den kurz aufflackernden Ausstellungen in Burg oder Museum für Urgeschichte(n), oder aber eben im Kunsthaus erreichen nur kleine Teile unserer Bevölkerung. Unser eigenes kulturelles Selbstbewusstsein ist zurückgebunden. Da braucht es einen Kraftakt, um etwas dem Mainstream Oberflächlichkeit gegenüber zu stellen. Und es braucht Mut, die Ausstellungen des Kunsthauses auch physisch ins Zentrum zu rücken und damit gesellschaftsfähiger zu werden. Übrigens:

Der ausgerechnete Flächenbedarf beträgt 3'000 m², und man stelle sich ein zweistöckiges, möglichst transparentes und einsichtbares Gebäude mit öffentlichem Kaffee seeseitig vor.

Lieber Gruss, Patrick

Lieber Patrick Cotti,

Ein Kunsthaus mit nationaler Ausstrahlung braucht nicht zentral gelegen zu sein – das zeigt etwa die Fondation Beyeler in Riehen. Kunsthäuser werden nur von einer kleinen Bevölkerungsschicht besucht, selbst an bester Passantenlage – ich glaube nicht, dass ausgerechnet in Zug neue Kreise Zugang zur Kunst finden, nur weil das Kunsthaus an der Seepromenade liegt. Gelangweilte Sonntagsspaziergänger auf der Flucht vor einem Regenguss als einfachstes Beuteschema für Kunstvermittler?

Besonders schade finde ich das Versteifen auf diesen Standort, weil im Süden der Stadt das Areal des alten Kantonsspitals geradezu mit offenen Armen auf das Kunsthaus wartet: Attraktiv und zentrumsnah, mit interessanten Möglichkeiten zur Weiternutzung bestehender Gebäude (Vernissage in der Notaufnahme? Performance in der Energiezentrale?). Die ausreichenden Raumreserven (z.B. auch für Künstlerateliers, Gästewohnung, usw.) könnten sich wunderbar zu einem Kunst-Kultur-Cluster in Zug Süd ergänzen, mit Casino, Bibliothek, Museum für Urgeschichte(n), Ateliers im Theilerhaus in nächster Nähe.

Ich bleibe dabei: Das Erhalten physischer Freiräume am See scheint

mir so wichtig, dass ich die nicht einmal für einen attraktiven Kunsthaus-Neubau opfern möchte!

Lieber Gruss, Patrick

Salut Patrick Steinle,

Basel ist nicht Zug, hat auch ein gänzlich anderes Verständnis im Mix und Umgang der verschiedenen Kulturen, die sich in der Stadt täglich begegnen. Kultur wird in Basel offensiver gelebt, die Auseinandersetzung findet im Alltag, draussen vor dem Münster, in der Altstadt, in Kleinbasel, sogar in Riehen statt. Selbstverständlich ist das alte Kantonsspital-Areal interessant, einzig liegt es fern ab von jeglichem Passantenstrom. Zug pulsiert nicht wie Basel. Am Standort Schützenmatt-Turnhal-



le stand früher das Schützenhaus mit öffentlichem Restaurant, hier kann wieder neues öffentliches Leben beginnen. Es könnte auch auf dem Bundesplatz sein, auch auf dem Siemens-Areal, bloss: Der Erfolg auf Umsetzung ist derart unsicher, dass wir es besser bleiben lassen. Und: Der physische Freiraum am See soll bestehen bleiben; sowohl der GGR als auch der KR werden bei der Krediteinholung für das Bauprojekt, der GGR sogar bei der Einholung des Projektierungskredites, die Rahmenbedingungen mitbestimmen können.

Herzlich P. ■

Nein zur Beschaffung von Bombern

Jo Lang, Vorstandsmitglied GSoA, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild News

16

Anlässlich der Einreichung der GSoA-Volksinitiative «Nein zum Kauf neuer Kampfflugzeuge» am 8. Juni hielt Jo Lang das folgende Referat.

Von den neuen Kampfjets wird eine Fähigkeit verlangt, auf die bei den F/A-18 in den frühen 90er Jahren bewusst verzichtet worden ist: die Fähigkeit zum Erdkampf, also zum Bombardieren. Dass Bomber noch weniger populär sind als Aufklärer und Abfangjäger, ist auch dem VBS und der Luftwaffe bewusst. So stellen sie die «operational air-to-ground-effectiveness», wie das offiziell heisst, bewusst unter den Scheffel.

Kein «nachgelagertes» Kriterium

Noch im Mai 2008 liess das VBS verlauten, die Bomberfähigkeit sei bloss ein «nachgelagertes» Kriterium. Ich wusste, dass das nicht stimmte, aber das Subkommissionsgeheimnis verbot mir, diese Falschaussage öffentlich zu berichtigen. Im letzten November wurden dann die diesbezüglichen Evaluationskriterien publiziert: 50 Prozent Luftkampf, je 20 Prozent Auf-

klärung und Erdkampf und 10 Prozent Aufwuchsfähigkeit. Offensichtlich ist das Bombardieren nicht bloss ein «nachgelagertes» Kriterium.

Laut Luftwaffendoktrin gibt es zwei Einsatzszenarien, welche die Erdkampffähigkeit von neuen Kampfjets bedingen würden: a) Die Luftwaffe führt im Sinne einer «Vorwärtsverteidigung» einen gezielten Präventivschlag auf Stellungen des Feindes jenseits der Landesgrenzen durch. Dieses Szenario ist in vielerlei Hinsicht höchst unwahrscheinlich. b) Die Schweiz beteiligt sich mit der Luftwaffe an Nato-Operationen, indem ihre Kampfjets Stellungen angreifen, um den Einsatz von Bodentruppen zu ermöglichen. Dieses Szenario ist – aus politischen Gründen – zwar nicht in den nächsten Jahren, aber innerhalb der nächsten Jahrzehnte sehr wohl denkbar.

Bombardieren mit der Nato

In der «Air Power Review» Nr.1/2003 schrieb der Luftwaffenplaner Daniel Grünenfelder: «Eine Staffel Kampfflugzeuge mit relativ wenigen Präzisionswaffen und Zusatzgeräten bildet eine Vollkompetenz für eine robuste Friedensunterstützungsmission.» In der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» (ASMZ) vom September 2007 hielt der damalige Luftwaffenchef Walter Knutti Folgendes fest: «Das Verhältnis der Schweizer Luftwaffe zur Nato ist wohl vergleichbar mit dem Verhältnis der Schweizer Wirtschaft zur EU.» Als Beispiel, das gemeinsam zu beüben ist, hob Knutti den «Erdkampf» hervor. Wer das Mitmachen bei der Nato, seit 1999 ein Offensivbündnis mit globaler Mission, ablehnt, muss auch die neuen Kampfjets ablehnen. ■



GSoA: 300'000 Unterschriften in drei Jahren

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat die Volksinitiative «Nein zum Kauf neuer Kampfflugzeuge» innert zwölf Monaten zustande gebracht. Damit hat sie in den letzten drei Jahren 300'000 Unterschriften gesammelt. Abgesehen von der Unia gibt es in der Schweiz keine Organisation, die das zustande bringt, ohne für das Sammeln zu bezahlen. 2006/2007 sammelte die GSoA gut 130'000 Unterschriften für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten. Die Initiative könnte noch dieses Jahr zur Abstimmung gelangen. Dann sammelte die GSoA 35'000 Unterschriften für den Schutz vor Waffengewalt. Und 2008/2009 sammelte sie noch einmal gut 130'000 Unterschriften für das Kampfjet-Moratorium. Im gleichen Zeitraum hat die GSoA die grossen Demos gegen den Libanon-Krieg (Sommer 2006) und gegen den Gaza-Krieg (Januar 2009) und weitere Aktionen durchgeführt. Die GSoA, die sich mit der Antikriegsbewegung von 2003 zu erneuern vermochte, kann Ende Jahr in bester Verfassung den 20. Jahrestag der historischen Abstimmung vom 26. November 1989 begehen.

Wer ist hier der Pirat?

Jo Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug

Im Auftrag der Grünen begründete Josef Lang in einer mündlichen Vernehmlassung in Anwesenheit der VBS- und Armeespitze das Doppel-Nein zu einer Revision des Militärgesetzes und zu einem Somalia-Einsatz. Unten stehend ein paar Ausschnitte aus seinem Votum.

Der Schweizerische Bundesstaat und die Schweizer Armee haben keine koloniale Tradition. Wäre der Kolonialismus nicht derart schlecht angeschrieben, würde man heute vielleicht sagen, die Schweiz sei damals zu wenig solidarisch gewesen. In unserer Zeit nennt man das militärische Interventionieren auf anderen Kontinenten und in anderen Ländern «humanitären Interventionismus» oder «solidarische Krisenbewältigung». Dabei war der Kolonialismus aus Sicht der damaligen Metropolen nichts anderes gewesen.

Piratenjagd und Kolonialismus

Als die Briten beschlossen, Indien militärisch zu besetzen, lautete ein Argument: «Es geht darum, die Barbarei der Witwenverbrennungen zu beenden.» 90 Jahre später waren die Briten viel reicher, die Inder viel ärmer, und die Witwenverbrennungen gab es immer noch. Als der belgische König den Kongo besetzte, begründete er seine Intervention mit dem Kampf gegen den arabischen Sklavenhandel. In diesem ganz neuen und sehr dicken Buch mit dem Untertitel «Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts» schreibt der Historiker Jürgen Osterhammel über die französische Algerien-Invasion: «... die sich als Strafaktion gegen einen Schurkenstaat muslimischer Piraten und Kidnapper international gut verkaufen liess...».*

Mit dieser Gesetzesrevision soll auch die Schweizer Armee in die Lage versetzt werden, sich legal an der Kanonenboot-Politik von Staaten zu beteiligen, die im Unterschied zur Schweiz sehr wohl Kolonialerfahrung haben. Und die von den betroffenen Menschen auch als ehemalige Kolonialmächte wahrgenommen werden. Für

die Schweiz gälte dann trotz fehlender Tradition: «Mitgegangen, mitgehangen.» Die bundesrätliche Botschaft sagt an einer Stelle ehrlich, worum es eigentlich geht. «Denkbar sind zum Beispiel internationale Polizeiaktionen zum Schutz von international bedeutsamen Infrastrukturanlagen, Transportrouten oder Energiewegen wie Öl- und Erdgas-Pipelines, welche die internationale (ehrlicher wäre: westliche) Energieversorgung sicherstellen. (...) Auch eine Beteiligung an internationalen Grenzschaufgaben zur Kanalisierung und Absicherung von Migrationsströmen kann zu solchen Polizeiaufgaben zählen.»

Zweierlei Piraten

Kurz vor Weihnachten habe ich zu Somalia eine Anfrage eingereicht. Deren Titel «Wer ist hier der Pirat?» habe ich einem Dossier der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» (27.11.08) entlehnt. Eingeleitet wurde der umfangreiche «Zeit»-Text mit folgendem Lead: «Seit Jahrzehnten plündern Europäer und Asiaten somalische Gewässer. Den Fischern blieb nichts mehr, sie wurden Seeräuber.»

Was ist das für eine Ordnungspolitik, die wegschaut, wenn «Piratenfischer» – so nennt Greenpeace die auswärtigen Piraten – den Einheimischen den Thunfisch rauben, und einschreitet, wenn Einheimische auch zur Piraterie übergehen? Was ist das für eine Sicherheitspolitik, die zuliess, dass westliche Firmen ihren Giftmüll derart unsorgfältig entsorgten, dass er durch den Tsunami an die Küsten geschwemmt wurde und Tausende von Existenzen zerstörte? Wo war der Protest des Bundesrates gegen die völkerrechtswidrige und verhängnisvolle Intervention der äthiopischen Armee?

Friedens- statt Kriegshandwerk

Die Schweiz musste – glücklicherweise – seit 1847 keinen Krieg mehr führen. Dies hat zwei Folgen: Das militärische Kriegshandwerk ist nicht die Stärke dieses Landes, erst recht nicht auf den Meeren. Dafür ist es das zivile Friedenshandwerk: die humanitäre und Katastrophenhilfe, die Entwicklungshilfe, die Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, die guten diplomatischen Dienste. Stellen wir Somalia, stellen wir einer Welt, in der es ohnehin zu viele Soldaten und Waffen hat, unsere zivilen Stärken zur Verfügung!

*Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt, München 2009, S.629. ■

«Uranium» - ist das ein Land?

Roger D. Tanner | Bild SES, energiestiftung.ch

18

In der letzten Ausgabe zeigte der Autor auf, was es bedeutet und kostet, ein AKW zurückzubauen. In diesem Artikel beschreibt Roger D. Tanner, woher der Rohstoff für die Atomkraft kommt und wer alles darunter leiden muss.

AKW machen einen geheimnisvollen und sauberen Eindruck. Das ist den Stromkonzernen recht so, denn je mehr das Volk über AKW wüsste, desto schneller stellte man die Riesendreckschleudern ab. Ganze Landstriche und Völker werden unwiderruflich vernichtet. Obendrein schwitzt das Klima noch kräftig mit.

Wo liegt und woher kommt Uran?

Auf die Frage, was denn Uran sei, antworteten bei einer Strassenumfrage in Australien Passanten ganz unterschiedlich. Nur wenige konnten präzise Auskunft geben. Ernsthaft fragten einige zurück, ob Uranium ein Land oder eine Sportart sei. Daraus und aus vielen eindrücklichen Bildern entstand dann ein Dokumentarfilm mit dem sinnigen Titel «Uranium – is it a country?».

Aufklärung tut offenbar not. Hier in der Schweiz wissen viele Leute, dass der Rohstoff für unsere AKW als Brennstäbe in Castor-Behältern angeliefert wird. Doch woher kommen die Brennstäbe? Wachsen sie wie Spargeln aus dem Boden? Uran ist ein radioaktives Metall, das fast an jedem Ort auf unserem Planeten vorhanden ist. Es gibt davon mehr als von den meisten anderen Metallen in der Erdkruste. So gibt es auch in der Schweiz Uranvorkommen, allerdings unter der abbauwürdigen Minimalmenge. Ein untrügerisches Zeichen dafür ist das Austreten von Radon-Gas, speziell in Kellergeschossen. Derzeit in Betrieb befindliche Lagerstätten beinhalten zwischen einigen hunderttausend und einigen hundertmillionen Tonnen Erz mit Urangelhalten zwischen 0,01 und 15 Gewichtsprozenten. Die größte Uranressource stellt derzeit die Lagerstätte Olympic Dam in Südaustralien dar mit mindestens 7,7 Milliarden Tonnen Erz und durchschnittlich 0,028 Gewichtsprozenten Uran.

Die lange Prozesskette des Uran-Brennstoffs

In mehreren Prozessschritten wird aus dem Uranerz nuklearer Brennstoff. Im ersten Schritt wird mit Hilfe von Satelliten und Flugzeugen in Hunderten Flugstunden Uranvorkommen gesucht. Danach wird der Rohstoff meist im Untertagbau, teilweise auch noch im Tagbau, abgebaut. Das Erz muss anschliessend zerkleinert (gebrochen, fein gemahlen) und das Uran herausgelöst (ausgelaugt) werden. Dies geschieht mit Säure oder Lauge unter Hinzufügung eines Oxidationsmittels. Auf diese Weise lassen sich über 90 Prozent des im Erz befindlichen Urans gewinnen. Im nächsten Schritt wird das Uran raffiniert. In unzähligen Reinigungsschritten durch Dekantieren, Filtern, Extrahieren usw. entsteht der wegen seiner gelben Farbe genannte «Yellowcake». In getrockneter Form enthält er 70 bis 80 Gewichtsprozent Uran. Dieses Material wird teilweise noch am Abbauort durch Kalzinierung in Uranoxid umgewandelt. Die Rückstände der Uranaufbereitung (Tailings) müssen in speziellen Becken langfristig sicher gelagert werden. Je nachdem, ob für Schwerwasserreaktoren und Leichtwasserreaktoren muss das Uran chemisch verändert werden. Erst jetzt erlangt das Uran die Qualität für den Kernbrennstoff. Das aufkonzentrierte hochradioaktive Uran wird zu Hardkeramik-Pellets verarbeitet. Anschliessend gehen die Pellets aus Kanada, Australien und Russland nach England und werden in die Brennstäbe eingearbeitet. Danach gehen sie wieder retour und werden zu ganzen Brennelementen zusammengestellt. Für die eigentliche Stromproduktion werden die Brennelemente in Castor-Behältern angeliefert und im AKW eingesetzt. Egal mit welchem Verfahren, beim Uranabbau geschieht die eigentliche

Katastrophe. Es entsteht sehr viel Feinstaub, der in die Umgebungsluft abgegeben wird. Der Wind verfrachtet diesen radioaktiven Staub in jede Ritze. Zudem fällt sehr viel Aufbruchmaterial an, das auf Abrauhalden gelagert wird. Das ganze Material strahlt für Jahrtausende vor sich hin. Unmengen an Prozesswasser werden während des Abbaus stark mit Schwermetallen belastet. Alles Leben in der näheren und weiteren Umgebung geht für immer verloren. Auch in Europa hat man damit Erfahrung. Vor allem in der ehemaligen DDR hat man extensiv Uran abgebaut. Dabei befanden sich grössere Lagerstätten hauptsächlich im Erzgebirge, in Ostthüringen und der Sächsischen Schweiz. Die Sanierung dieser Gebiete ist bis heute nicht abgeschlossen.

Uranabbau und Völkermord an Indigenen

Seltsamerweise sind die grossen Uran-Abbaugelände heute fast alle im Stammesland von Indigenen. Die Abrauhalden und die oben erwähnten Tailings vergiften das Trinkwasser. An Landwirtschaft ist nicht mehr zu denken. Das tragische Schicksal der Indigenen ist mit der wirtschaftlichen Lage verknüpft. Oftmals ist die Uranmine in den Reservaten der einzige Arbeitgeber. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 80 Prozent, und die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt rund 40 Jahre. Es mutet gespenstisch an, wenn in den lokalen Medien die Mehrheit der Todesanzeigen vom Ableben Jugendlicher zwischen 13 und 16 Jahren berichtet. Die hauptsächlichsten Todesursachen sind Lymphdrüsenkrebs, Kehlkopfkrebs, Leukämie und Lungenkrebs. Neugeborene haben in der Regel einen genetischen Fehler. Die Todgeburtenrate liegt bei über 20 Prozent.

In einem neulich veröffentlichten Bericht zur Lage des Volkes der Lakota-Indianer schreibt Debra White Plume: «Es geht um das Menschenrecht auf sauberes Wasser. Es geht um den Stopp dieses Genozides. Es gibt die existierenden Lakotas, da ist keine Insel ir-



Die AKW und die AKW-Politik bekommen Risse.

gendwo in der alten Heimat, wo wir andere Lakotas herholen können. Wenn wir weg sind, sind wir weg für immer. Wenn alle unsere Trinkwasserquellen vergiftet sind, ist das der Tod unseres Volkes. Das geschieht vielleicht nicht zu meinen Lebzeiten, aber es wird so sein, es ist nur eine Frage der Zeit. Dann werden wir alle gegangen sein, und das ist Genozid. Ein Schriftsteller sagte mal irgendwo, die gesamte Nuklear-Prozesskette sei wie der Kampf von Mutter Natur gegen Vater Gier. Ich glaube, er hat recht.» Oder mit den Worten von Tom LaBlanc aus Dakota: «Wenn ihr bei euch das Licht anmacht, hört bei uns das Leben auf.»

Die grosse Mär vom CO2-freien Atomstrom

Mittlerweile geben die AKW-Betreiber euphemistisch zu, dass eine geringe Menge CO₂ bei der Produktion von Atomstrom freigesetzt wird. Tausende von Kilometern zu Land, zu Wasser und in der Luft wird diese extrem gefährliche Ressource quer über den Globus geschleppt. Dabei überquert das Uran dreimal den Ozean. In den einzel-

nen Fabriken wird mit immensem Energieaufwand an diesem strahlenden Erz gearbeitet. Kann man so etwas als CO₂-arm oder sogar -frei bezeichnen? Wenn man das alles bedenkt, wird bei einem Kernkraftwerk etwa 80 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde freigesetzt. Dies entspricht der doppelten Menge von Windenergie oder Wasserenergie und der halben Menge eines Gaskombikraftwerkes.

Unser tägliches Wachstum gib uns heute

Das Wachstum des Atomstroms ist schon sehr lange ein Märchen. Weltweit produzieren die AKW 13 Prozent der Elektrizität und lächerliche 4 Prozent der Primärenergie. Für diese 4 Prozent wird ökologisch gesehen unser Globus auf den Kopf gestellt. Die Windenergie ist bereits auf 1 Prozent der Primärenergie angewachsen. Für diese Windenergie ist der Bereitstellungsaufwand ein Bruchteil dessen, was ein AKW verschlingt. Die erneuerbaren Energien könnten den Weltenergiebedarf bei weitem abdecken. Selbst die Credit Suisse schreibt in ihrem neuesten Bulletin unter «Totale De-

ckung des Bedarfs möglich» wörtlich: «Wenn ein Energieexperte das bestreitet, ist er entweder ahnungslos oder er heuchelt.»

Wir haben es in der Hand, an diesem Missstand etwas zu ändern. Wenn in der Schweiz 2012 über den Bau von AKW abgestimmt wird, dann denken Sie doch bitte an das obige Zitat über den Zusammenhang von Licht und Leben. ■

Leichter leben – that's it!

Patrick Cotti, Regierungsrat Alternative Kanton Zug | Bild Adelina Odermatt

20

Manchmal fallen einem Sätze zu, die man sich nicht erträumt hätte. So geschehen am Vortrag der städtischen Alternativen zur 2000-Watt-Gesellschaft Anfang Juni.



Immer wieder habe ich mich gefragt, wie wir bei diesem Thema aus der Schwerfälligkeit moralisch-ethischer Begründungszwänge rauskommen könnten. Peak-Oil, Peak-Gas, Erderwärmung aufgrund des CO₂-Überschusses – das sind Facts, die einfach nicht leicht zu verdauen sind. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist schliesslich eine wirklich tolle Alternative, nicht nur aus solidarischem Empfinden heraus (in den USA brauchen heute die Amerikanerinnen und Amerikaner durchschnittlich 12'000 Watt, wir Schweizerinnen und Schweizer rund 6'300 Watt im Jahr, in Entwicklungsländern inklusive dem teilweise boomendem China unter 1'000 Watt jährlich). Nein, allein der Gedanke, dass ich jährlich 63 100-Watt-Glühbirnen rund um die Uhr für mich alleine brennen lasse, muss mir doch zu denken geben.

Handlungsbedarf ausgewiesen

Dabei bezweifelt wohl niemand ernsthaft – und ich habe auch rundum keine solchen Stimmen gehört –, dass wir uns über die langen Energie fressenden Produktionsketten (selbst bei der dazu noch übermässigen Fleischproduktion) und unseren konkreten Energieverbrauch (schlechte Isolation bei den Häusern, schlechte Verbrennungswerte bei Autos, Flugrei-

sen ferienhalber und geschäftlich, usw.) wirklich Gedanken machen sollen. Genf und Zürich als 2000-Watt-Vorzeige-Städte, Leuchttürme von Minergie-P-Bauten in der Energie-Wüste, die Ingenieure und Politikerinnen verschiedener Couleur wissen und sagen es, wir müssen handeln.

Sich bescheiden

Nun hat es aber gerade beim Handeln etwas auf sich. Abstriche zu machen ist – so oftmals die doch ernüchternde Haltung – nicht schick, wir sind dem Glauben verfallen, der Erfindungsgeist der Technik werde es schon richten: neue Leuchtmittel anstelle von Glühbirnen, weniger Energie verbrauchende Motoren, weiterhin ein Leben im gewohnten Luxus, das muss sein, das sei möglich.

Und in diese ernüchternde Haltung hinein – die aus meiner Sicht nicht die entscheidende Kehrtwende, auch nicht beim Energieverbrauch, ermöglichen wird – gebiert ein Ingenieur-Team die Idee: «Leichter leben». Ballast entfernen, das heisst für mich im Klartext: Weniger! Schlicht: grundlegend und allumfassend «weniger».

Weniger ist mehr

Das Label «M-Budget» war ein Erfolg. Es war «in», einfach weniger zu zahlen, an der Qualität Abstriche in

Kauf zu nehmen. Beim Wandern ist es «in», mit möglichst kleinem Rucksack, frei von Ballast, sich bewegen zu können. Es ist das Gefühl, mit dem wir Alternativen immer wieder in die Politik einsteigen: Befreiung von alten Fesseln, weglassen, zum Einfachen, Konkreten, Naturnahen zu kommen. Dabei ist es schliesslich nicht mehr vordergründig, wie viel wir von Peak-Oil oder Peak-Gas wissen, vom CO₂-Verbrauch der Motoren, der verbrauchsabhängigen Heizkosten-Rechnung. Wichtiger wird, dass wir uns bescheiden, weil es uns zu mehr Achtung vor der Natur bringt, unsere Aufmerksamkeit auf das lenkt, was uns nahe ist.

Mein Wunsch: «Leichter» zu leben möge uns auch helfen, eingängiger zu politisieren. Die Alternativen sind auf dem Weg. Ich freue mich auf die Offensive in den Parlamenten und die kommenden Vorstösse zum Thema 2000-Watt-Gesellschaft. Es ist brennend. ■

Beitritt zu den Grünen Schweiz



Fotos Adelina Odermatt

An der GV vom 6. Mai 2009 haben die Zuger Alternativen nach zweijährigem Beobachterstatus einstimmig beschlossen, der Grünen Partei der Schweiz beizutreten – sehr zur Freude der grünen Fraktionschefin im Bundesparlament, Maja Graf.

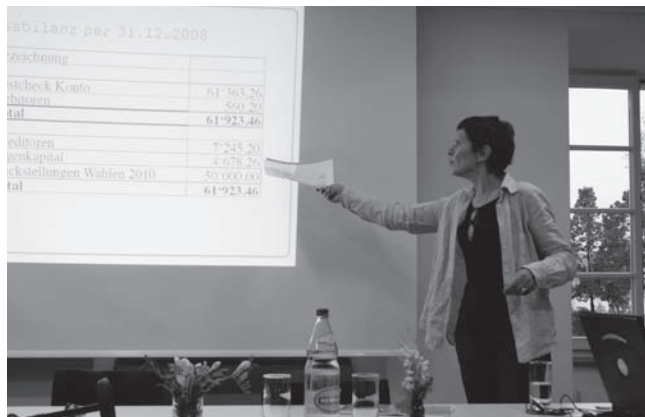
21

Verabschiedet wurde Vorstandsmitglied Marianne Zehnder, die aus beruflichen Gründen nach Winterthur «ausgewandert» ist (vgl. BULLETIN Nr. 1/2009).

Am 13. Juni hat die Delegiertenversammlung der Grünen Partei Schweiz die Zuger Alternativen mit Akklamation aufgenommen. ■



Jo Lang mit der Sekretärin der Alternativen, Karin Gölitzer.



Ein besonderes Geschenk präsentierte die abtretende Kassiererin Marianne Zehnder in Form eines guten Jahresabschlusses, der es erlaubt, Rückstellungen für die Wahlen 2010 zu machen.



Maja Graf machte den zahlreich erschienen Alternativen deutlich, dass die Grüne Partei Schweiz sich schon seit längerem auf einen Beitritt der Zuger Grünen freut.



Jo Lang ist seit 2003, d.h. von Anfang an, Mitglied in der Grünen Nationalrats-Fraktion.



Zehn Jahre Filmclub

Annelies Ursin, Präsidentin FLIZ, FilmLiebhaberInnenZug

22

Wahrscheinlich glaubten wir selbst nicht daran, dass wir so lange durchhalten würden. Aber vielleicht ist «durchhalten» auch nicht der richtige Begriff. Schliesslich beflügelte uns die Aufgabe und – etwas auch der prophezeitige Untergang. Wir wollten das Interesse breit fächern und uns trotzdem hauptsächlich auf Dokumentarfilme festlegen.

«Aber bitte mit Sahne» – das hiess vom Beginn an für uns ein bisschen exklusiv sein und Filme mit anwesenden Regisseuren oder Referenten zeigen. Nicht nur der Film sollte interessant sein, sondern auch der Mensch, der sich einem Thema und der Idee widmete, und was er dazu zu sagen hatte. So haben wir mittlerweile über 130 spannende Regisseurinnen und Regisseure oder Referenten «gesammelt» und betreut und konnten unser Programm vermutlich auch glaubhaft vermitteln.

Natürlich bieten sich durch die intensive Arbeit auch weitere Themen oder Gespräche an, die wichtig wären für das «Öffentlichmachen» ... Allein die Ehrenamtlichkeit unseres Vereins setzt uns da gewisse Grenzen, der nicht gerade ausufernd grosse Vorstand und die Art, wie wir in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Die FilmverleiherInnen schätzen uns, da bei uns auch die Filme laufen, die vom kommerziellen Kino gleich einmal als finanziell uninteressant abgehakt werden.

Natürlich können wir uns mit unserem einmaligen oder höchstens zweimaligen «Auftritt» pro Monat exklusive weiterführende Recherchen leisten: Nicht nur, um der umfangreichen Arbeit eines Regisseurs oder Regisseurin gerecht zu werden, sondern natürlich auch als eine Art «Dienst am Kunden»: als Angebot, mitzudenken oder weiterzudenken, etwas kennenzulernen und sich trotzdem dabei zu unterhalten.

Das geschieht auch teilweise in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen, die uns aussuchen oder denen wir etwas anbieten.

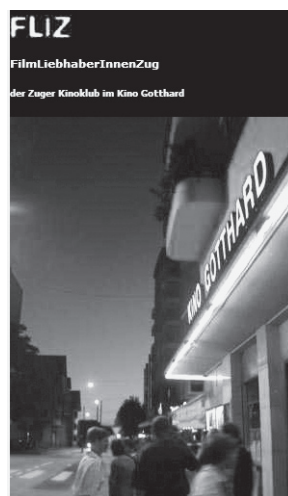
Dass man kaum Jugendliche unter den Zuschauern findet, hat viel mit

dem «Zeitgeist» zu tun: Ins Kino geht man, um das gerade «Gängige» anzuschauen, egal welcher Qualität, sonst bedient man sich DVDs, überall erhältlich, und kann sich das Ganze «reinziehen» zu einem Zeitpunkt, den man sich selbst wählt,

immer von einer etwas anderen Seite auf – so wie man vielleicht Bekannten oder Freunden einen Brief schreiben würde ...

Und wie nun weiter? Eigentlich immer so weiter, falls sich ein(e) NachfolgerIn für die Präsidentin meldet, die Ende des Jahres zurücktreten will. Es ist kein administrativer Job, sondern anspruchsvolle Arbeit für Inhalte, Auswahl, Ideen und Kommunikation. Durchaus abänder- und erneuerbar, nur das Niveau im Sinne der «Erfinder» sollte möglichst beibehalten werden...

Für alle Auskünfte herzlich bereit: Annelies Ursin, Tel: 041 750 29 86 oder anneliesursin@bluewin.ch ■



wenn schon das TV nicht das bringt, was man erwartet; aber viele sind ja schon damit zufrieden als Ablenkung von Stress und Langeweile. Schliesslich sind wir nicht in Nordkorea, wo wir uns höchstens Filme zur Produktionssteigerung von Gemüse anschauen könnten.

Im Zeitalter der Elektronik wird auch unsere Website www.fliz.ch sehr viel zu unserem Erfolg beitragen, die seit 2000 mit vielen Extra-links zu jedem Thema aufwartet: eine gern benutzte Plattform für nächtliche und andere Surfer, anscheinend rund um den Globus! Mit unseren Newsletter bereiten wir Filmthemen auch noch

Von schwarzen und weissen Flüchtlingen

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die vier bürgerlichen Rechtsparteien samt Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf arbeiten seit längerem an einer Verschärfung des Asylrechtes. Im Visier haben sie Menschen, die für sich und ihre Familien eine bessere Perspektive fernab ihrer verarmten Heimat suchen. Wirtschaftsflüchtlinge seien das. Dabei hat dieses Land ein viel grösseres Problem mit einer ganz anderen Sorte von Wirtschaftsflüchtlingen – nämlich den Steuerflüchtlingen, welche die Schweiz weltweit in Misskredit bringen.

Asylbewerber kommen viele aus Afrika. Sie suchen hier Arbeit, vielleicht eine Ausbildung, sicher aber die Chance auf ein besseres Leben. Sie kommen übers Meer in Booten, mit denen nicht einmal ein erfahrener einheimischer Bootsführer auf den Zugersee ginge. Sie kommen «schwarz», und oft sind sie auch schwarz.

Ganz anders die Steuerflüchtlinge: Sie suchen hier keine Arbeit; sie suchen in der Schweiz nur einen sicheren Hafen für ihre Millionen und Milliarden, die sie «schwarz» am eigenen Staat vorbei ins Ausland schaffen. Sie kommen nicht in schiffbrüchigen Booten, sondern in Benzinschluckern der Luxusklasse oder im Privatflugzeug. Meist sind sie weiss und hier sehr willkommen. Eine grosse Gilde von Bankern, Vermögensverwaltern, Treuhändern, Immobilienmaklern und Anwälten lebt ganz gut von dieser Sorte Wirtschaftsflüchtlingen. Kein Wunder darum, dass sich die rechtsbürgerlichen Parteien, in deren Gremien obgenannte Berufe ansehnlich vertreten sind, den nationalen und internationalen Steuerwettbewerb in den höchsten Tönen loben und sich gegen jede Aufweichung des Bankgeheimnisses zur Wehr setzen.

Staatlich geförderter Diebstahl

Diese Steuerflüchtlinge entziehen dem Land ihrer Herkunft Geld, das dieses dringend braucht zur Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Kürzlich hat ein Steuerberater und Vermögensverwalter es in einem Leserbrief auf den Punkt gebracht: «Für mich bedeutet das Bankgeheim-

nis teilweise, wenn nicht in vielen Fällen, Beihilfe zum Diebstahl. Den betroffenen Staaten entgehen Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Die entstandenen Löcher werden mittels Gebühren und Steuererhöhungen vom ehrlichen Steuerzahler getragen. Und wir Schweizer machen uns mitschuldig, indem wir davon profitieren» (Neue Zuger Zeitung vom 27. Mai 2009). Der Schreiber dieser Zeilen, wie gesagt ein Steuerberater, stammt natürlich – wen wundert – nicht aus dem Kanton Zug.

An ein Umdenken bei den Zuger Wirtschaftsanwälten und Vermögensverwaltern ist derzeit leider nicht zu glauben. Im Gegenteil, sie wiederholen das immer gleiche Credo, die anderen Staaten sollten einfach ihre «Hausaufgaben machen». Es ist diese Arroganz, es sind diese Belehrungen vom hohen Ross herab, welche den Grünspecht sein gefiedertes Haupt schütteln lassen. Dabei ist es so einfach – die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug hat ausgedient. Wer vorgestern einen Schweizer Vermögensverwalter trifft, gestern Millionen in die Schweiz transferiert und dies heute beim Ausfüllen der Steuerklärung seines Heimatlandes schon «vergesen» hat, handelt kriminell.

Flucht in eine bessere Welt

Zurück zu den schwarzen Flüchtlingen: Wenn die bürgerlichen Politiker abschätzig über Wirtschaftsflüchtlinge sprechen, so vergessen sie einfach, dass wirtschaftliche Not schon immer ein Hauptmotiv für Wanderungsbewegungen der Menschen



23

war. Man denke nur an die Hunderttausenden von Schweizern, welche im 19. Jahrhundert ihr Glück in Amerika suchten. Oft noch unterstützt von den Heimatgemeinden, die sich auf diese Art ihrer Sozialfälle entledigten. Das Motiv zur weltweiten Migration ist heute nicht anders; nur heutzutage sind dank Fernsehen und Internet alle Menschen über die weltweiten Wohlstandsunterschiede wortwörtlich im Bilde. In jedem afrikanischen Dorf weiss man dank «Denver», «Dallas» und den «Desperate Housewives», wie man in der westlichen Welt lebt.

Oder es sind die Kreuzfahrtschiffe, die vor den afrikanischen Küsten herumgondeln. Nach den Schlemmereien («Geniessen Sie das reichhaltige Buffet in der untergehenden Sonne») werden jeden Tag mehr Speisen weggeworfen, als eine somalische Grossfamilie ein ganzes Jahr zu essen hat. Das sind die Realitäten – und da wundert man sich, dass diese Menschen versuchen hierher zu kommen und am Tisch der Reichen teilzuhaben. Die Piraterie im Indischen Ozean ist nur ein verzweifelter Versuch, einen kleinen Anteil am Reichtum vor ihren Küsten zu ergattern, nachdem vorher grosse Trawler den einheimischen Fischern zu einem grossen Teil die Lebensgrundlage genommen haben.

Fazit – will die Schweiz den Menschen in Not helfen oder am Egoismus weniger mitprofitieren? An der Haltung zu den weissen und zu den schwarzen Flüchtlingen entscheidet sich letztlich die Humanität eines Landes. ■



24

Nicht alle benötigen einen Bonus, um auf grossem Fuss zu leben. Während viele alteingesessene ZugerInnen und Zuger dem **Restaurant Bellevue** nachtrauern, wird Baudirektor Tännler dem Vernehmen nach in eine der drei megateuren Eigentumswohnungen ziehen, die dort entstehen.

Fragte sich ein Insider: «Sind die Regierungsräte so kreditwürdig?» Meinte ein anderer: «Immerhin hat Tännler bei der FIFA gearbeitet, bevor er Regierungsrat wurde. Und jetzt ist er schliesslich **Baudirektor...**» Kontert der Erste: «Ach was, der hat doch eine Lohnerhöhung von 40'000 Franken im Jahr für den Regierungsrat durchgeboxt.»

Immerhin würde Tännlers Umzug ins Bellevue auch die Gerüchte erklären, wonach er nicht bis zur Pensionierung Regierungsrat bleiben möchte. Auf diesem Posten muss er so viel arbeiten, dass er von der **Aussicht** im Bellevue nicht viel hätte.

Apropos Lohn: Marcel Rohner, gewesener UBS- Chef am 10.2.09 im Radio DRS 1. Frage: «Die UBS zahlt mit 180'000 Franken Durchschnittslohn die **höchsten Löhne** in der Schweiz.» Rohner: «Die UBS hat auch mit Abstand die höchste Wertschöpfung. Deshalb die hohen Löhne.» Rohner hätte eigentlich

sagen müssen: «Die UBS **hatte** auch die mit Abstand höchste Wertabschöpfung.» Jetzt hat sie die mit Abstand höchste Wertzerstörung. Wofür 3,8 Milliarden Boni ausgeschüttet werden. Bezahlt von den Schweizer SteuerzahlerInnen.

Und das soll so bleiben, finden CVP, FDP und SVP im Ständerat, verschieben die Boni-Diskussion und servieren die Abzocker-Initiative ab.

Das SVP-Prinzip in der Boni-Abzocker-Diskussion: mit Blocher ein bisschen links blinken und dann in Bern stramm rechts abbiegen.

Das **CVP-Prinzip** ist da profaner: 150'000 von der UBS kassieren und dann im Ständerat «richtig» stimmen.

Reiner Zufall, findet Gerhard Pfister...

Mehr «Kohle» auch in der Schweizer Aussenpolitik wünschte sich unser christlicher Nationalrat in einer Kolumne in der «Zuger Woche». Natürlich darf das nicht so direkt gesagt werden - der Titel lautete: «Eine bürgerliche Aussenpolitik ist notwendig». Calmy-Reys Aussenpolitik passt **Pfister** nicht, denn: «Sie macht Aussenpolitik nur unter humanitären Gesichtspunkten.» Wie unchristlich!

In Zug sorgen sich Grüne und SP um die **höchste Kaiserschnitttrate** aller Kantone. Die ist wohl

Nachdem die SGA die Offroader-Initiative mitunterstützt hat und sich im vorletzten Jahr umtaufte, war es einfach unangebracht, dass die Officials weiterhin mit der SGA-Staatskarosse durch die Gegend fahren. Deshalb wurde der in Ungnade gefallene Wagen klammheimlich entsorgt. Viele rätselten, ob sich der Vorstand tatsächlich durchringen konnte, das geliebte Spielzeug einfach so zu verschrotten. Unser Frontal-Exklusiv-Foto beweist das Gegenteil.

Aufgetaucht ist das SGA-Fossil im Osten - wo denn sonst? - in der estnischen Hauptstadt Tallin. Den bei dem Nachtclubbesitzer Vladimir B. gelösten Betrag kann die Partei beim Abstimmungskampf gegen die Offroader sicher gut gebrauchen...

proportional zur höchsten SUV-Rate (SUV = Porsche Cayenne etc.). Unser Vorschlag an die Statistiker: Im SUV gilt es als Hausgeburt.

Jede Fraktionssitzung eine **Zangengeburt** - die Stadtzuger SVP hat ihren personellen Dauerknatsch dank mildtätigem Schweigen des lokalen Monopolblattes mindestens nach aussen unbeschadet überstanden und frühzeitig den Wahlkampf mit einer Kopie der «FD-Poscht» gestartet. Uns gefällt die «Zuger SVP-Post», denn das gibt viel Stoff fürs Frontal.

Für viel Gelächter in der Redaktion sorgte der Rückblick von GGR-SVP-Fraktionschef Messmer auf der letzten Seite. Zitat: «Innerhalb der Fraktion herrschte ein **angenehmes Klima**, welches sich natürlich positiv auf unsere Arbeitsmoral auswirkte.» Dank dieser positiven Arbeitsmoral waren es absolut ausschliesslich

gesundheitliche Gründe, welche zum plötzlichen Rücktritt von alt RR Uttinger und Felix Denzler führten, und keineswegs der permanente Krach in der Fraktion über jeden noch so kleinen Furz.

Während der stadtbekannt mental etwas spezielle Dr. Manuel Brandenberg im Editorial der «SVP-Post» das hohe Lied des **schlanken Staates** predigt, führt Kantonsrat Villigers Vorschlag zur Bekämpfung der Raserei schnurstracks zum aufwendigen **Überwachungsstaat** - mit dem Einbau von Datenboxen in Raserautos und deren monatlicher Auswertung.

Raserei macht auch uns wütend, aber wir würden das Problem effizient und mit schlankem Staat lösen: alle Autos elektronisch **abriegeln auf 120**. Um die Bleifussfraktion mit den dicken Karren nicht in eine anhaltende Depression zu stürzen, kann ein Entriegelungs-



schalter eingebaut werden, den die deutschen Zöllner aktivieren können. So lange in Deutschland auf der Autobahn noch gerast werden darf...

Produziert wird die «SVP-Post» zwar (noch) nicht in Deutschland, aber mit der «Zuger Qualität» ist es auch nicht so weit her, wie ein Blick ins Impressum zeigt: Gestaltung und Satz wird in Wädenswil gemacht, gedruckt wird in Arlesheim und finanziert wohl in **Herrliberg**, denn wir bezweifeln, ob das Philipp-Brunner'sche Swisshotel in der Choller-mühle genug abwirft.

Zu wenig wirft derzeit eines der Flaggschiffe des erfolgreichen Zuger Realwirtschaftsplatzes ab: die Zuger **RedIT** musste von der Börse genommen werden, nachdem sie immer noch an den Folgen gravierender Management-Fehlentscheide leidet. Zu wünschen ist der FDP, dass RedIT-Mitgründer und Mitbesitzer Andreas Kleeb als Präsident der Zuger FDP eine glücklichere Management-Hand hat.

Zum Schluss noch das Wort zum Sonntag aus der NZZ vom 14./15. März. Der dank Ospel und Konsorten in seiner antistaatlichen neoliberalen Seele zutiefst gekränkte Chef der NZZ-Wirtschaftsredakti-

on, Gerhard Schwarz (nomen est omen), hat sich seinen Frust von ebenderselben geschrieben, was dann zum Thema «Führungsnachwuchs in der Wirtschaft» so tönt: «Vor allem aber sollte das Personal das mitbringen, was eine **Elite auszeichnet**: Anstand und Moral, Mut und Demut, Verantwortungsgefühl und Gemeinsinn.» Wohlgemerkt: Wir sprechen hier von der Sphäre der Ospel, Grübel, Kurer und Konsorten. Weshalb denn auch Schwarz prompt starke Zweifel beschleichen und er sein Editorial beschliesst mit dem Satz: «Man mag die Forderung nach solchen Bürgertugenden als frommen Wunsch ansehen – die Schweiz wird sie auf dem langen Weg aus der Krise dringend benötigen.»

Kurz vor Redaktionschluss: Erleichterter Seufz – **Couchepin** geht! Entnervter Seufz – Merz bleibt! Verzweifelter Seufz – Pelli rutscht nach ... ■

FLIZ-Programm im Kino Gotthard

Montag, 13. Juli, 20 Uhr
LA CONSULTATION von Hélène de Crecy.
Die Regisseurin begleitet einen Arzt auf seinen Hausbesuchen und in der Praxis; als unsichtbare Beobachterin des charismatischen Arztes Luc Perino. Im Lauf der Konsultationen zeichnet sich ein neues Bild des Hausarztes ab: Perino stellt die Diagnose einer verletzlichen Menschheit mit all ihren Verunsicherungen und Nöten. Es entsteht ein nuanciertes Bild, eine politische Reflexion vor dem Hintergrund einzigartiger und intimer Geschichten, weder voyeuristisch noch reise-risch. Durchaus im Zusammenhang zu sehen mit dem Juni-Film «Pausenlos» von Dieter Gränicher. Luc Perino ist anwesend (mit Übersetzer Werner Iten)!

Montag, 10. August, 20 Uhr
THEBEN – IM SCHATTEN DES GRABES von Jacques Siron, Kamera Pio Corradi!
Ein Film über Al Qurna – ohne Worte, mit zurückhaltender Musik. Ein Film über das untergegangene Dorf, das eingangs der Königsgräberroute stand. Über den Alltag dieses Dorfes mit seinen Gegensätzen bis zur Touristenschwemme, die schliesslich



auch zur Vernichtung des Dorfes führt. Jacques Siron und Pio Corradi sind anwesend!

Montag, 31. August, 20 Uhr
SIGNERS KOFFER von Peter Liechti.
In Zusammenarbeit mit dem Kunsthaus Zug anlässlich der Ausstellung Roman Signer und Übergabe der Sammlung Kamm von Werken Roman Signers! Roman Signer und die vierte Dimension: seine von Poetik, Humor bestimmten Experimente; samt der Bandbreite, die vom Melancholischen zum Aufregenden, vom Liebenswürdigen über Ernsthaftes bis zum unwiderstehlich Albernern reicht...

Montag, 14. September, 20 Uhr
LA FORTERESSE, von Fernand Melgar.



Der Film über das Empfangszentrum für Asylsuchende im waadtländischen Vallorbe, das mittlerweile traurige Berühmtheit erlangte, da der Hauptdarsteller in Ausschaffungshaft nach Kloten überstellt wurde und trotz Protesten und Unterschriftsammlungen nach Schweden ausgeschafft wurde. Fernand Melgar und die Filmverleiherin Bea Cuttat sind anwesend (mit Übersetzer Werner Iten). ■



26 **Büchermail**

«Einem guten Aphorismus gelingt es, einem beredten Schweigen das Wort zu erteilen.»
Felix Renner

Am 28. Juni 2008 wurde in der Buchhandlung Schmidgasse Vernissage gefeiert für Felix Renners neuestes Buch: Zeit-Zeichen.



Seine Aphorismen begleiten mich seit Anfang meiner Ausbildung zur Buchhändlerin 1982 in der Buchhandlung Schmidgasse. Damals ist gerade der erste Band «Aphoristische Schwalben» erschienen, und die weiteren Werke haben mich durch mein Buchhändlerleben begleitet. Ich war immer der Ansicht, dieser Mann hat etwas zu sagen, und wie er es tut, in Form von Aphorismen, gefällt mir besonders gut. Damals 1982 hat man noch Aphorismen gelesen. Zum Beispiel die «Unfrisierten Gedanken» des berühmten polnischen Autoren Stanislaw J. Lec. Heute ist Felix Renner eine der

bekanntesten Stimmen in der Gattung des Aphorismus. Viele Leserinnen und Leser kennen ihn auch durch seine im «Nebelspalter» und in der «Zuger Presse» publizierten Texte. In der «Zuger Presse» wird er nicht mehr zu lesen sein. Die «alten» Kolumnisten mussten zugunsten der «jungen Feder» abtreten. Sehr schade, finde ich. Aber wer weiss, vielleicht finden sie ja in einem anderen «Blatt» eine neue Plattform.

Felix Renner wurde 1935 in Zug geboren und war bis zu seiner Pensionierung Ende 1999 als Jurist in der Staatskanzlei des Kantons Zug tätig. 1971–1975 arbeitete er als Journalist und begann ab 1971 damit, Aphorismen zu veröffentlichen:

Sprachliche Designer-Drogen:

«Ein Aphorismus ist ein spracheuphorisches Innehalten kurz vor dem Abtauchen in die Sprachlosigkeit.»
«Liebe verhält sich aphoristisch, Hass neigt zum System.»

Die Pseudoelite der Politiker:

«Ein Politiker, der sich um die schwierige Balance zwischen gesundem Selbstbewusstsein und überhöhter Selbstsicherheit bemüht, nähert sich bereits dem Ende seiner Karriere.»
«Weniger sein eigenes Mittelmaß als vielmehr dasjenige seiner Wähler

haben ihn in sein Amt gehievt»

Schwankungen des seelischen Klimas:

«Wünsch dir was! Schon Wünsche als solche erweitern das Bewusstsein, was soll da noch ihre Erfüllung?»
«Es gibt eine geistig-seelische Verfettung, über die keine Schlankheit hinwegtäuscht»

Kultur und das Klumpenrisiko ihrer Zerstörung:

«Kunst ist das Gegenteil von gut gemeint» (Gottfried Benn 1886–1956) – «und sobald es die öffentliche Sparwut mit der Kultur schlecht meint, geht sie zuerst der Kunst ans Lebendige.»
«Unser Geistesleben ist zu einem bedeutenden Teil nichts anderes als die Aneinanderreihung verpasster Buchlektüren.»

Mehr davon in: Felix Renner: Zeit-Zeichen. Aphorismen Littera Autoren Verlag, Fr. 31.–.

Herzliche Grüsse
Susanne ■

In eigener Sache
Verabschiedung

Nach fünf Jahren Mitarbeit verlässt uns Philipp Bischof als Redaktionsmitglied. Er war an 21 BULLETINS beteiligt und hat ihnen inhaltlich seinen Stempel aufgedrückt. Wer erinnert sich z.B. nicht an die Serie EINWURF VON LINKS, die Philipp massgeblich veranlasst und dafür während eines Jahres Schreibende angefragt hat? Philipp hat sich nicht nur redaktionell, sondern auch immer wieder selber als Schreibender betätigt. Sein grösstes Augenmerk galt aber immer der Gestaltung des BULLETINS. Er setzte sich ein für weniger «Bleiwüsten» und zusammen mit Adelina Odermatt für eine ansprechende Titelseite. Wir werden Philipp und seine ruhige, zuverlässige Art vermissen



Danke Philipp für deine Mitarbeit und alles Gute für deine Zukunft – und es würde uns freuen, wenn wir dich gelegentlich als Auslandskorrespondenten verpflichten könnten!

Redaktion BULLETIN ■



MI, 1. Juli: **Alternative Monatsbar**

18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Frischen Brise Alternative Steinhausen

Anschliessend:

20 Uhr, Mitgliederversammlung der Alternative Kanton Zug
Grusswort von Gerardo Raffa, Präsident der Obwaldner Grünen und Vorkämpfer gegen Sonderzonen und für Steuererechtigkeit.

20.15 Uhr Diskussion und Beschluss über den Namen der Alternativen Kanton Zug
21.15 Uhr, Wahlen für nationale Gremien
21.30 Uhr, Gemütlicher Ausklang

DO, 30. Juli, bis SO, 2. August: **waldstock**, Steinhausen
www.waldstock.ch

SA, 15. August: Risch **Rotkreuz 4you, Dorffest** in Rotkreuz mit Brunch
9–15 Uhr, Standaktion
Gleis 3 Alternative Rotkreuz

SO, 2. September: **Alternative Monatsbar**

18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Freien Wähler Menzingen

Anschliessend:
20 Uhr, Veranstaltung zum Thema «Steuroasen und soziale Verwüstung».

Es referieren:
Victor Parma (Buchautor und Journalist) über die Folgen der Steuerhinter-

ziehung und Steuerflucht für die europäischen Sozialstaaten;
Andreas Missbach (Erklärung von Bern) über den Zusammenhang von Steuervermeidung und Elend in der 3. Welt;
Asti Roesle (Greenpeace) über die Steuertricks im Kongo des Baarer Holz Konzerns Danzer.

SO, 23. August: **Spielfest Grüne Lunge**

10–17 Uhr, zwischen Baar und Inwil laden wir Sie und Ihre Familie zu einem grossen Spielfest ein: Spielen und essen Sie mit uns und geniessen Sie den Tag auf der grünen Wiese!
Mehr Infos unter www.gruene-lunge.ch



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternative Kanton Zug:
MO, 14–18 Uhr und DO, 10–14 Uhr

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9, 6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@myemail.ch

Freie Wähler Menzingen

Pia Rhyner, Präsidentin,
Eustr. 16, 6313 Menzingen
Postfach 112, 6313 Menzingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
studerus@datazug.ch

Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Co-Präsidium: Sha Ackermann und Roman Ambühl
www.krifo.ch
cham@alternative-zug.ch

Alternative Stadt Zug
Postfach 4805, 6304 Zug
www.alternative-stadt.ch
info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar

Postfach, 6340 Baar
www.alternative-baar.ch
info@alternative-baar.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat:

www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 2, Juli 2009, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:
Philipp Bischof,
Natalie Chiodi,
Hansjörg Glauser,
Philippe Koch,
Adelina Odermatt (Fotos),
Martin Stuber
Arlene Wyttenbach

Produktion:
Manuela Burkart,
www.alphabeet.ch

Gestaltungskonzept:
alphabeet gmbh, S.H.E.D.

Belichtung & Druck: DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1150 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage: 1009 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2009: Freitag, 11. September 2009

Erscheinungsdatum:
Donnerstag, 1. Oktober 2009

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

